

Aus dem Institut für Rechtsmedizin
der Universität Düsseldorf

(Direktor: Prof. Dr. H. Schweitzer)

Zum Problem des Untersuchungsverweigerungsrechtes von
Kindern in Vaterschaftsprozessen bzw. in sich daran
anschließenden Meineidsprozessen gegen die Kindesmütter

Dissertation
zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Medizin
der Medizinischen Fakultät
der Universität Düsseldorf

vorgelegt von

Hans-Joachim Klatt

Düsseldorf 1978

1979

Aus dem Institut für Rechtsmedizin
der Universität Düsseldorf
(Direktor: Prof. Dr. H. Schweitzer)

Zum Problem des Untersuchungsverweigerungsrechtes von
Kindern in Vaterschaftsprozessen bzw. in sich daran
anschließenden Meineidsprozessen gegen die Kindesmütter

Dissertation
zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Medizin
der Medizinischen Fakultät
der Universität Düsseldorf

vorgelegt von

Hans-Joachim Klatt

Düsseldorf 1978



Gedruckt mit Genehmigung der Medizinischen Fakultät
der Universität Düsseldorf

Der Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Düsseldorf
gez. Prof. Dr. med. Hans Reinauer

Referent	Frau Prof. Dr. med. E. Trube-Becker
Korreferent	Priv. Doz. Dr. med. E.-A. Stemmann

MEINEN ELTERN

INHALTSVERZEICHNIS:
=====

I. Einleitung und Problemstellung	2
II. Begutachtungsmöglichkeiten und ihre Aussagekraft	9
A) Das Tragzeitgutachten	9
B) Das Blutgruppengutachten	12
C) Das Anthropologisch-Erbbiologische Gutachten	17
III. Die Rechtsgrundlagen der Untersuchung zur	
Abstammungsfeststellung	22
A) Im Zivilprozeß	22
B) Im Strafprozeß	26
C) Zusammenfassung	33
IV. Kasuistik und Zusammenfassung der Fälle	36
V. Diskussion der Ergebnisse	57
VI. Zusammenfassung	71
Literatur	81
Lebenslauf	88

I. Einleitung und Problemstellung

Zu den Aufgaben der Gerichtsmedizin gehört die gutachterliche Tätigkeit bei Vaterschaftsprozessen. In diesen Verfahren soll die Abstammung eines Kindes von einem bestimmten Mann geklärt, d. h. festgestellt oder ausgeschlossen werden. Die Frage, wer die Mutter des Kindes sei, stellt sich - abgesehen von den seltenen Fällen der Kindesvertauschung oder der vorsätzlichen Kindesunterschiebung - naturgemäß nicht.

Die Notwendigkeit der Klärung der Abstammung ist aus vielen Gründen wichtig, so etwa bedingen Verwandtschaftsverhältnisse mannigfache Rechtsfolgen wie Ehehindernisse, Unterhaltungspflichten, Erbrecht, Milderung im Strafrecht und Zeugnisverweigerungsrechte etc, etc.

Das Abstammungsrecht unterschied bisher aufgrund der historischen Entwicklung, sowie unter religiösen Einflüssen, zwischen ehelicher und unehelicher Geburt, woraus tiefgreifende Konsequenzen resultierten. Nun zeichnet sich allerdings mit dem neuen Nichtehechengesetz, das seit dem 1.7.1970 in Kraft getreten ist, ein Wandel im Sinne eines "Abbaues der Diffamierung der nichtehelichen Abstammung" (1) ab.

Ein Kind, das unehelich geboren wird, ist nun nicht mehr nur mit seiner Mutter verwandt - wie bislang schon der Fall - sondern auch mit seinem Erzeuger, woraus ein erheblicher "Anspruchszuwachs des nichtehelichen Kindes" (2), insbesondere in familien- und vermögensrechtlicher Hinsicht resultiert.

Nach § 1591 BGB gilt ein Kind als ehelich, wenn es vor oder während der Ehe von der Frau empfangen wurde und der Mann innerhalb der Empfängniszeit der Frau beigewohnt hat. Es gilt dagegen als nichtehelich, wenn es den Umständen nach offenbar unmöglich ist, daß die Frau das Kind von dem Mann empfangen hat.

§ 1600o BGB bestimmt bei nichtehelichen Kindern:

(1) Als Vater ist der Mann festzustellen, der das Kind gezeugt hat.

(2) Es wird vermutet, daß das Kind von dem Manne gezeugt ist, welcher der Mutter während der Empfängniszeit beigewohnt hat.

Die Vermutung gilt nicht, wenn nach Würdigung aller Umstände schwerwiegende Zweifel an der Vaterschaft verbleiben.

Als Empfängniszeit gilt nach § 1592 BGB die Zeit vom 181. Tag bis zum 302. Tag vor der Geburt. Die Festlegung auf

diese Zeitspanne im Gesetz blieb nicht unwidersprochen, da Abweichungen davon bekannt sind.

Zuständig für derartige Streitfälle sind die Amtsgerichte. Man unterscheidet Vaterschaftsprozesse, in denen das Kind gegen den Mann klagt, den es als unterhaltspflichtigen Erzeuger in Anspruch nimmt, von solchen, in denen die Ehelichkeit eines Kindes durch einen Mann angefochten wird (sog. positive oder negative Feststellungsklagen); hierbei klagt der Mann gegen das Kind. In beiden Prozeßarten ist die Kindesmutter nicht Partei, sondern hat den Status eines Zeugen. Im Verlauf des Verfahrens wird Beweis erhoben, wobei unser Prozeßrecht drei Beweisarten unterscheidet: 1. den Augenscheinsbeweis, 2. den Zeugenbeweis und 3. den Sachverständigenbeweis.

Das Gericht, welches die Frage zu prüfen hat, ob "schwerwiegende Zweifel" an der Vaterschaft eines als Erzeuger in Anspruch genommenen Mannes bestehen, wird mittels Beweisbeschluß einen medizinischen Sachverständigen beauftragen, ein Vaterschaftsgutachten zu erstellen. Die Zeit, in der Richter selbst versuchten, durch Augenschein eine fragliche Vaterschaft zu klären, gehört der Vergangenheit an. Inzwischen haben die wissenschaftlich fundierten Begutachtungsmethoden hinreichend objektive Beweiskraft.

Gleichwohl werden die Untersuchungsmethoden immer weiterentwickelt, so etwa sind in den letzten Jahren neue Blutsysteme entdeckt und Tests entwickelt und verfeinert worden. Insbesondere durch die Forderung, den biologischen Erzeuger festzustellen (§ 1600 BGB), ist sowohl die Stellung des Gutachters als auch das "Bedürfnis nach möglichst sicheren Methoden für die sachverständige Hilfe" (3) verstärkt worden.

Es sei daraufhingewiesen, daß der Arzt als Gutachter im prozessualen Geschehen den Status eines "Gehilfen" des Richters hat; der Richter ist de jure nicht an das Gutachten gebunden, sondern hat in "freier Beweiswürdigung" zu entscheiden, - de facto besteht jedoch eine "vollständige Abhängigkeit des Gerichtes vom Sachverständigen" (4).

In dieser Arbeit soll ein Aspekt untersucht werden, der bei Vaterschaftsprozessen theoretisch immer vorhanden ist und des öfteren praktisch relevant wird. Erstaunlicherweise finden sich in der medizinischen Literatur fast keine Arbeiten darüber, obgleich der Arzt in seiner Gutachtertätigkeit direkt mit dem Problem konfrontiert wird:

In nicht wenigen Fällen wird bei Vaterschaftsprozessen die Kindesmutter auf ihre Aussage, mit wem sie in der Empfängniszeit geschlechtlich verkehrt hat, vereidigt und zwar bevor ein Sachverständigengutachten über den Sachverhalt eingeholt wird. Dieses Gutachten kann die vereidigte Aussage widerlegen.

In einem sich möglicherweise daran anschließenden Strafprozeß gegen die Kindesmutter wird, "da... eine gewissenhafte Strafkammer eine Verurteilung wegen Meineides nicht auf ein einziges Gutachten stützt" (5) erneut Beweis erhoben, mit anderen Worten, es werden weitere Gutachten eingeholt. Selbst wenn die Aussage der Kindesmutter vor Einholung des ihr widersprechenden Gutachtens nicht vereidigt wurde, ist eine Strafverfolgung wegen falscher uneidlicher Aussage möglich.

Bei dem Erstellen von Gutachten in derartigen Strafprozessen taucht der Problemkomplex auf, der hier zur Diskussion steht: Hat in einem solchen Fall das Kind ein Recht, die Untersuchung zu verweigern, da es möglicherweise dadurch beiträgt, einen nahen Verwandten einer Straftat zu überführen? Wie stellt sich die Situation dar für andere Personen, die in die Untersuchung einbezogen werden, etwa Mehrverkehrszeugen und Verwandte, wie Geschwister des Kindes oder die Eltern der angeklagten Kindesmutter? Läßt sich dieses Problem, das wohl jeder ärztliche Gutachter aus eigener Erfahrung kennt, vermeiden? Es soll nicht übersehen werden, daß über eine Klage wegen Meineides die Möglichkeit besteht, ein Verfahren wieder zu eröffnen.

Ich möchte hier schon betonen, daß es mir bei dieser Untersuchung primär darauf ankommt, auf die Rechte des Kindes abzustellen. Da das oben schon erwähnte neue Nicht-ehelichengesetz eine Zäsur darstellt, habe ich mich bei dem

Versuch, etwas über die Häufigkeit dieser Verfahren bzw. Verurteilungen zu erfahren, auf den Zeitraum 1970 - 1975 beschränkt. Das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen konnte mir auf Anfrage überhaupt keine Zahlen nennen, das Bundesjustizministerium nannte mir die folgenden:

	§ 153 StGB		§ 154 StGB	
	Abgeurteilte	Verurteilte	Abgeurteilte	Verurteilte
1970	1058	653	1145	625
1971	1050	663	923	542
1972	1090	753	622	364
1973	1246	838	580	307
1974	1391	924	579	313
1975	?	?	?	?

Die Zahlen für 1975 lagen zum Zeitpunkt der Anfrage noch nicht vor. Leider ließ sich nicht feststellen, wie hoch dabei der Anteil derjenigen ist, die wegen Aussagedelikten im Rahmen von Vaterschaftsprozessen verurteilt wurden.

Im folgenden Teil der Arbeit stelle ich die hauptsächlichen Methoden der Vaterschaftsbegutachtung und ihre Aussagekraft vor. In den sich daran anschließenden Teilen soll auf die Rechtsgrundlagen der Untersuchung zur Abstammungsfeststellung, sowohl im Zivilprozeß als auch im Strafprozeß eingegangen werden.

Anschließend stelle ich ausgesuchte Fälle vor, die im Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Düsseldorf begutachtet wurden. Sie stellen einerseits Beispiele dar, wie Prozesse dieser Art ablaufen, andererseits soll an ihnen in der im letzten Teil dieser Untersuchung stehenden Diskussion, unter Berücksichtigung der bis dahin gefundenen Ergebnisse, die oben gestellten Fragen behandelt werden.

II. Begutachtungsmöglichkeiten und ihre Aussagekraft

Von den verschiedenen Begutachtungsarten sollen im folgenden die drei ihrer Anwendungshäufigkeit nach wichtigsten besprochen werden. Detailprobleme, insbesondere technischer Art, bleiben unberücksichtigt.

A) Das Tragzeitgutachten

Dem Tragzeitgutachten liegt die Erfahrung zugrunde, daß der Mensch nach einem bestimmten Zeitraum nach der Konzeption in einem bestimmten Reifezustand geboren wird. Hieraus leitet sich auch die Bemessung der gesetzlichen Empfängniszeit nach § 1592 BGB vom 181. bis zum 302. Tag vor der Geburt ab.

Mit dem Gutachten soll festgestellt werden, ob die Zeugung eines Kindes an einem behaupteten Kohabitationstermin stattgefunden haben kann, oder ob sie auszuschließen sei (6); mit anderen Worten, ob eine "offenbar unmöglich kurze oder lange" Tragzeit (7) vorliegt.

Das Tragzeitgutachten stellt ein sog. Aktengutachten dar, die Daten werden vom Gericht ermittelt und nicht vom Sachverständigen selbst, wie dies bei den anderen Methoden der Vaterschaftsbegutachtung der Fall ist. Als Ausgangsdaten für die Begutachtung werden ermittelt:

1. Der Zeitpunkt der Geburt
2. Der Zeitpunkt des Geschlechtsverkehrs
3. Die Reifemale des Neugeborenen

Während der Zeitpunkt der Geburt anhand der Geburtsurkunde zweifelsfrei festzustellen ist, trifft dies auf den Zeitpunkt des Geschlechtsverkehrs nicht zu. Die Angabe der Kindesmutter über den Kohabitationstermin und den Termin der letzten Monatsblutung kann "in Täuschungsabsicht oder auch durch Erinnerungsfehler" (8) möglicherweise falsch sein. Gumbrecht (9) spricht von einer "allgemeinen Unglaubwürdigkeit der Kindesmutter". Schließlich kann die Verwendung von Reifemerkmale Schwierigkeiten bereiten. Die metrischen Maße , wie Länge, Gewicht und Kopfumfang des Neugeborenen werden von der Hebamme nach der Geburt protokolliert. In der Literatur schwanken die Angaben zu den Normalwerten für reife Kinder je nach Verfasser deutlich.

Auch die Beurteilung der nicht-metrischen Reifemerkmale, wie Turgor und Farbe der Haut, Länge der Kopfhaare, Länge der Finger- und Fußnägel etc. ist nicht immer eindeutig. Zur Feststellung, ob ein Kind mit bestimmten Reifezeichen nach einer bestimmten Tragzeit geboren worden sein kann, bieten sich zwei Möglichkeiten an: Einmal läßt sich an-

hand einer großen Zahl von Neugeborenen die kürzeste bzw. längste Tragzeit ermitteln, nach welcher Kinder mit allen Zeichen der Reife geboren werden. Mit dieser festgestellten 'Minimal-Maximal-Tragzeit' kann man dann die Tragzeit des zu begutachtenden Falles vergleichen. Zum zweiten kann man mittels Wahrscheinlichkeitsrechnung die Häufigkeitsverteilung der Tragzeiten reifer Kinder berechnen und diese tabellarisch darstellen (Verfahren nach Künninger-Follmer; Wichmann und Hosemann; Stegmann, u.a.).

Die Schwangerschaftsdauer für ein reifes Neugeborenes beträgt im Durchschnitt 280 Tage, ± 14 Tage, ist jedoch weiten Schwankungen unterworfen.

Die Beurteilung wird sehr schwierig bei extrem verkürzter Tragzeit bei einem reifen Kind; bei ausgetragenen aber noch unreifen Kindern; bei extrem langen Tragzeiten sowie bei Tragzeiten unreif geborener Kinder. Trube-Becker (10) hat 1972 die publizierten Fälle der genannten Variationen zusammengetragen und die Bedeutung von Einzelbeobachtungen betont. Die von verschiedenen Autoren entwickelten Tabellen ließen nur Wahrscheinlichkeitsgrade zu, darüberhinaus lägen den statistischen Methoden die Schwangerschaftsdauer post menstruationem zugrunde, wohingegen von forensischem Interesse einzig die Schwangerschaftsdauer post conceptionem

sei. Nach Sellheim ließe sich die mittlere Schwangerschaftsdauer post conceptionem durch Subtraktion von zehn Tagen von der mittleren Schwangerschaftsdauer post menstruationem errechnen. Trube-Becker weist darauf hin, daß die von ihr veröffentlichten Fälle objektive Untersuchungsergebnisse zur Grundlage hätten, im Gegensatz zu den im Schrifttum angegebenen Fällen, die auf Angaben der Kindesmütter beruhten (10).

Die genannten Schwierigkeiten bei der Beurteilung der Reife in Relation zur Schwangerschaftsdauer sowie die anzweifelbaren Angaben der Kindesmütter, lassen das Tragzeitgutachten nur in Verbindung mit anderen Untersuchungen als Beweismittel in Vaterschaftsprozessen geeignet erscheinen. Ein positiver Vaterschaftsnachweis läßt sich mit dieser Begutachtungsmethode nicht führen. Tragzeitgutachten werden demzufolge nicht in der Regel sondern nur in Ausnahmefällen eingeholt: Podleschka (11) berichtet, daß bei 2725 Prozessen an 10 verschiedenen Amtsgerichten nur 227 mal Tragzeitgutachten angefordert wurden.

B) Blutgruppengutachten

Im Gegensatz zum Tragzeitgutachten kommt das Blutgruppengutachten nicht nur in Ausnahmefällen, sondern regelmäßig zur Anwendung.

Schwerd (12) schlug angesichts der verwirrenden Nomenklatur in der Blutgruppenkunde vor, den Ausdruck "Blutgruppen" als Oberbegriff für alle im Blut nachweisbaren erblichen Eigenschaften zu verwenden. Zur Anwendung gelangen Erythrozytensysteme, Serumsysteme sowie Enzymsysteme.

Als Erythrozytensysteme subsumiert Schwerd (13):

1. Das ABO-System, das um die Jahrhundertwende von Landsteiner entdeckt wurde und die sog. klassischen Blutgruppen darstellt.
2. Die A-Untergruppen, die seit den Untersuchungen von v. Dungern und Hirzfeld 1911 bekannt sind, und deren serologischer Unterschied in verschiedenen Stärkegraden liegt (14).
3. Das MNSs-System. Landsteiner und Levine entdeckten 1927 die Erythrozytenmerkmale M und N; Walsh und Montgomery 1947 die Erbmerkmale S und s, die mit M und N genetisch gekoppelt sind.
4. Das Kell-System, 1946 entdeckt und nach dem Namen der Frau (Kellacher) bezeichnet, bei der es zum erstenmal gefunden wurde. Nachgewiesen wird es im sog. Coombs-Test.
5. Das Duffy-System.
6. Das Rh-System, 1940 von Landsteiner und Wiener entdeckt, welches viele Probleme der Blutun-

verträglichkeit aufklärte und eine wichtige Rolle Rolle bei der Erythroblastose spielt. Es existieren zwei verschiedene Nomenklaturen, die bei uns gebräuchliche ist die von Fisher und Race entwickelte (CDE cde).

Als Serum-Systeme finden Anwendung:

1. Das Haptoglobin - (Hp) - System
2. Das Gc-System
3. Das Gammaglobulin - (Gm) - System

Von den Enzymsystemen, die ihre forensische Bedeutung durch ihren genetisch bedingten unterschiedlichen Aufbau erhalten, nennt Schwerd:

1. Die saure Erythrozytenphosphatase (SEP)
2. Die Phosphoglukomutase (PGM)
3. Die Adenylatkinase (AK)
4. Die Adenosindesaminase (ADA)
5. Die Glutamat-Pyruvat-Transaminase.

Wie schon erwähnt, soll hier nicht auf die einzelnen Untersuchungsmethoden der jeweiligen Systeme eingegangen werden. Wichtig ist jedoch, daß alle zur Anwendung kommenden Blutgruppenmerkmale folgende Voraussetzungen erfüllen müssen, um forensisch relevant zu sein:

Die Merkmale müssen konstant sein, d. h. sie dürfen sich im Laufe des Lebens nicht verändern. Ausnahmen kommen aller-

dings vor, so weist Prokop (15) auf die mögliche Schwächung von Blutkörpereigenschaften bei der Leukämie hin.

Der Nachweis muß reproduzierbar sein, was durch Einhaltung ausreichend erprobter Methoden erfüllt wird. Die wichtigsten Regeln sind in den 'Richtlinien des Bundesgesundheitsamtes für die Erstattung von Blutgruppengutachten' festgelegt. Schließlich müssen die untersuchten Blutgruppenmerkmale vererbt werden, d. h. die Merkmalsanlagen werden bei der Fortpflanzung von den Eltern auf die Nachkommen übertragen. Der Erbgang muß bekannt und gesichert sein.

Wie das Tragzeitgutachten bietet das Blutgruppengutachten keine Möglichkeit einen positiven Vaterschaftsnachweis zu führen, es bietet lediglich Ausschlußmöglichkeiten. Wohl hat vor einigen Jahren Löns ein Verfahren entwickelt, das angeblich einen positiven Nachweis erbringen sollte; es hat sich jedoch nicht durchsetzen können und ist nicht als Beweismittel anerkannt.

Die hauptsächliche Anwendung des Blutgruppengutachtens liegt im negativen Vaterschaftsnachweis, d. h. ein Mann kann als Erzeuger ausgeschlossen werden.

Beim klassischen Ausschluß besitzt das Kind ein Merkmal, das es nicht von seiner Mutter erhalten haben kann. Es muß dieses also von seinem Vater geerbt haben. Weist ein in An-

spruch genommener Mann dieses Merkmal nicht auf, ist er als Erzeuger dieses Kindes auszuschließen. Der klassische Ausschluß kann dann erfolgen, wenn das Kind mischerbig, Kindes-mutter und Mann hingegen gleichsinnig reinerbig sind. Beim Reinerbigkeitsausschluß hat ein reinerbiges Kind das entsprechende Merkmal von beiden Eltern erhalten, ein entgegengesetzt reinerbiger Mann kann nie der Erzeuger dieses Kindes sein.

Von großer Bedeutung ist dieser Art des Ausschlußes in den Fällen, in denen die Mutter nicht erreichbar oder bereits verstorben ist. Darüberhinaus gibt es den indirekten Ausschluß, wenn Phäno- und Genotyp sich unterscheiden. Hier wird dann eine Erbbildanalyse mittels Spezialseren oder mittels sog. Dosisuntersuchungen durchgeführt. Man kann auch - und dies ist hinsichtlich des Themas dieser Arbeit relevant - Eltern, Geschwistern oder leibliche Kinder der Kindesmutter in die Untersuchung miteinbeziehen.

Auch für die Ergebnisse der Blutgruppenbegutachtung sind biostatistische Berechnungen angestellt worden. Sie basieren u.a. auf der unterschiedlichen Häufigkeit der einzelnen Blutgruppen innerhalb der Bevölkerung (Essen-Müller). Schwerd weist daraufhin, daß mit dem Anwachsen der Zahl neuentdeckter Merkmale die Aussagekraft der statistischen Berechnungen zunehme.

Im Prozeßgeschehen hat der Richter die Pflicht, das Gutachten "daraufhin zu überprüfen, ob der Sachverständige die Blutmerkmale der Beteiligten richtig bestimmt" hat, insbesondere ob die Richtlinien eingehalten wurden; ist dies der Fall, so könne "der Richter davon ausgehen, daß die Feststellungen des Sachverständigen richtig sind" (16). Bestehen für den Richter jedoch Zweifel, so hat er die Möglichkeit ein Zweitgutachten bzw. ein Obergutachten einzuholen.

C) Das Anthropologisch-Erbbiologische Gutachten

Diese Begutachtungsmethode beruht auf dem Phänomen, daß Kinder ihren Eltern ähnlicher sein können als beliebigen Personen. Diese Ähnlichkeit beruht auf der Vererbung von Erbinheiten, die für die Ausbildung bestimmter Merkmale verantwortlich sind. Die Vererbung stellt ein sehr komplexes Geschehen dar, was die z. T. erhebliche Variabilität des Ähnlichkeitsgrades erklärt. Manifestationsschwankungen, unterschiedliche Penetranz der Gene etc. tragen dazu bei, daß sich bei einem Kind durchaus auch Eigenschaften finden, in denen es gegenüber seinen Eltern eine Eigenprägung aufweist.

Untersuchungen an eineiigen Zwillingen, sowie Familienuntersuchungen als auch Forschungen, die sich auf einzelne Merk-

male beziehen, stellen den Beweis für das Phänomen der Vererbung dar (17). Bei der Begutachtung in Vaterschaftsprozessen wird bei diesem Verfahren ein Vergleich der Kindesmutter, des Kindes und des als Vater infrage kommenden Mannes durchgeführt. Hierbei werden folgende Merkmalskomplexe der Einzelpersonen miteinander verglichen:

1. Kopf
2. Pigmentierung (Haut, Kopfhaar)
3. Behaarung (Kopfhaar, Brauen und Wimpern)
4. Gesicht
5. Weichteile der Augengegend
6. Augen (Iris)
7. Nase
8. Mund-Kinngegend
9. Ohren
10. Hände und Füße
11. Metrische Merkmale
12. Papillarleistensysteme
 - a) Fingerbeeren
 - b) Handinnenflächen
 - c) Fußsohlen

Man spricht von einem polysymptomatischen Ähnlichkeitsbeweis (18), da etwa 200 - 300 Einzelmerkmale einbezogen werden. Gumbrecht (19) weist daraufhin, daß durch diese Vielfalt die "erbbiolo-

gische Untersuchung zu forensisch brauchbaren Ergebnissen" führt, denn durch die hohe Anzahl der Merkmalsvergleiche ließen sich etwaige Fehlbeurteilungen einzelner Merkmale ausgleichen.

Zwar lassen sich verschiedene Merkmale messen und damit objektivieren, letztlich beruht jedoch die Entscheidung auf dem subjektiven Gesamteindruck des Sachverständigen. Von daher sollten selbstverständlich nur Sachverständige mit großer persönlicher Erfahrung zugezogen werden; bei den Innenministerien der Länder werden Listen solcher Fachleute geführt. Die Zeit, in der Richter selbst Ähnlichkeitsprüfungen vornahmen, dürfte wohl endgültig vorbei sein (20).

Der Richter muß sich davon überzeugen, daß die Befundermittlung und -bewertung nach den Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie stattfand. Von dieser Gesellschaft wurde auch folgende Bewertungsskala vorgeschlagen:

- I. Vaterschaft nicht entscheidbar
- II. Vaterschaft möglich
- III. Vaterschaft wahrscheinlicher als Nichtvaterschaft
- IV. Vaterschaft wahrscheinlich bzw. unwahrscheinlich
- V. Vaterschaft sehr wahrscheinlich bzw. sehr unwahrscheinlich

VI. Vaterschaft praktisch ("mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit") erwiesen bzw. praktisch ausgeschlossen ("offenbar unmöglich").

Weitere Bewertungsskalen wurden von Harrasser, Schade, u. a. (21) vorgeschlagen; im allgemeinen erhält der Gutachter eine je nach Fall unterschiedlich formulierte Fragestellung in dem Beweisbeschluß des Gerichtes.

Wichtig für diese Untersuchung ist es, daß alle Beteiligten gleichzeitig untersucht werden, da es sich ja um einen Vergleich der Betroffenen miteinander handelt. In Ausnahmefällen ist allerdings auch eine Begutachtung möglich, wenn von einer der Personen lediglich Bilder vorliegen, etwa wenn einer der Beteiligten im Ausland lebt oder bereits verstorben ist.

Es ist durchaus möglich, daß mehrere weitere Personen in die Untersuchung miteinbezogen werden müssen, etwa die Eltern des Mannes oder der Kindesmutter oder auch Geschwister des zu untersuchenden Kindes, um die Ergebnisse zu stützen.

Bei der Bewertung der erhobenen Befunde ist die Mutter-Kind-Ähnlichkeit von besonderem Interesse. Da es sich um die Feststellung der Vaterschaft - oder deren Ausschluß - handelt, sind natürlich nur Merkmale von Bedeutung, in denen das Kind von der Mutter abweicht, und dann entweder mit denen des als Vater in Anspruch genommenen Mannes über-

einstimmt oder aber abweicht. Eine stark ausgeprägte Mutter-Kind-Ähnlichkeit erschwert demzufolge die Begutachtung ganz erheblich und läßt bisweilen ein zweifelsfreies Endergebnis nicht zu.

Trotz der genannten Schwierigkeiten, läßt sich in den meisten Fällen eine sichere Beurteilung durchführen; in einem großen Prozentsatz ist ein "für die Urteilsfindung ausreichendes Ergebnis" (22) zu erzielen.

Gemessen an den Blutgruppen- und Tragzeitgutachten hat das anthropologisch-erbbiologische Gutachten den Vorzug, einen positiven Vaterschaftsnachweis führen zu können. Der Nachteil, daß als Vorbedingung das zu untersuchende Kind ein Lebensalter von drei Jahren erreicht haben muß, wird durch den Vorteil der größeren Aussagekraft dieser Begutachtungsmethode ausgeglichen. Die Verfahren werden in diesen Fällen für die entsprechende Zeit ausgesetzt.

III. Die Rechtsgrundlagen der Untersuchung zur Abstammungsfeststellung

A) Die Rechtsgrundlage der Untersuchung zur Abstammungsfeststellung im Zivilprozeß.

Die rechtliche Grundlage der Untersuchungen zur Abstammungsfeststellung bildet für den zivilprozessualen Bereich der § 372 a ZPO:

I. Soweit es in den Fällen der §§ 1591 und 1600a des Bürgerlichen Gesetzbuches oder in anderen Fällen zur Feststellung der Abstammung erforderlich ist, hat jede Person Untersuchungen, insbesondere die Entnahme von Blutproben zum Zwecke der Blutgruppenuntersuchung, zu dulden, soweit die Untersuchung nach den anerkannten Grundsätzen der Wissenschaft eine Aufklärung des Sachverhaltes verspricht und dem zu Untersuchenden nach Art der Untersuchung, nach den Folgen ihres Ergebnisses für ihn, oder einen der im § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Angehörigen und ohne Nachteil für seine Gesundheit zugemutet werden kann.

II. Die Vorschriften der §§ 386 bis 390 sind entsprechend anzuwenden. Bei wiederholter unberechtigter Verweigerung der Untersuchung kann auch unmittelbarer Zwang angewendet, insbesondere die zwangsweise Vorführung

zum Zwecke der Untersuchung angeordnet werden.

Die vom Gesetz vorgeschriebene Duldungspflicht ist allerdings auf zweifache Art eingeschränkt(23):

Einmal aus sachlichen Gründen - die Untersuchung muß "nach den anerkannten Grundsätzen der Wissenschaft" erfolgen und muß "eine Aufklärung des Sachverhaltes versprechen" - zum zweiten aus Gründen, die sich auf die Person des zu Untersuchenden beziehen, insbesondere was die "Folgen ihres Ergebnisses für ihn oder einen ... Angehörigen" betrifft (Zumutbarkeitsklausel).

Die Duldungspflicht des § 372 a ZPO schränkt das Grundrecht nach Artikel 2 Abs.2 GG ein. Bedenken dagegen wurden vom Bundesverfassungsgericht ausgeräumt (BverfGE 5,13). Gerade weil hier ein verfassungsmäßig garantiertes Grundrecht eingeschränkt werden kann, erscheint eine enge Auslegung der Bestimmung zur Duldungspflicht geboten. Weber (24) fordert "strengste Maßstäbe für ihre Anwendbarkeit" und hält es für unabdingbar, daß alle drei Voraussetzungen der Anwendung (Erforderlichkeit der Untersuchung, Durchführung nach anerkannten Grundsätzen, sowie Zumutbarkeit für den Untersuchten) gegeben sein müssen, anderenfalls sei "der Eingriff in das Grundrecht ... rechtswidrig, wenn nur eine der Voraussetzungen (fehle)."

Eine Verweigerung der Untersuchung ist möglich; in einem solchen Fall ergeht im Prozeßgeschehen nach Prüfung der vorgebrachten Gründe ein Zwischenbescheid über die Rechtmäßigkeit der Weigerung.

Während in Vaterschaftsprozessen die Erforderlichkeit evident und die Durchführung der Untersuchung in den im Teil II dieser Arbeit bereits erwähnten Richtlinien festgelegt sind und somit nach "anerkannten Grundsätzen" erfolgen, tauchen Schwierigkeiten bei der Zumutbarkeit der Untersuchung für den zu Untersuchenden auf.

Welche Umstände die Untersuchung für den Betroffenen zumutbar oder schon unzumutbar machen - darüber gehen die sich in den einzelnen Entscheidungen niederschlagenden Auffassungen weit auseinander. Es können hier nicht alle in den diversen Kommentaren aufgeführten Entscheidungen referiert werden, um jedoch den weitgespannten Bogen der Meinungen anzudeuten, seien einige zitiert: So gibt das Kammergericht Berlin (25) dem Interesse der Rechtspflege generell den Vorzug, das Landgericht Köln (26) hingegen fordert die Abwägung je nach Einzelfall, und das Oberlandesgericht Koblenz sah in einer kürzlich ergangenen Entscheidung die Unzumutbarkeit der Untersuchung bereits gegeben, "wenn ein Psychischer Schaden der Betroffenen

zu erwarten ist" (27).

Im Bereich der Aussagedelikte findet sich ebenfalls keine klare Abgrenzung, wann die Gefahr einer Strafverfolgung als Begründung der Unzumutbarkeit der Untersuchung greift und wann nicht. So hält Zöllner (28) in seinem Kommentar eine Untersuchung des Kindes im Rahmen eines Scheidungsprozesses im Hinblick auf die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung wegen Meineides der Mutter für unzumutbar, kurz danach erklärt er hingegen, mache die Gefahr der Strafverfolgung "wegen Unrichtigkeit einer Zeugenaussage ... die Untersuchung nie unzumutbar". Bei dem hierbei zugrunde liegenden Fall handelt es sich allerdings um einen Mehrverkehrszeugen, der die Untersuchung mit der bereits genannten Begründung verweigern wollte; es bestand somit kein Verwandtschaftsverhältnis mit der Kindesmutter. Gerade der aus dem Verwandtschaftsverhältnis entspringende Konflikt aber ist es, der im Rahmen dieser Arbeit von zentralem Interesse ist (vergl. oben).

Die oft geäußerte Auffassung, daß ein Zeugnisverweigerungsrecht im Bereich des § 372 a ZPO nicht greife, da hier kein Zeugenbeweis sondern ein Beweis durch Augenschein vorliege, mag als formale Einstufung richtig und von Bedeutung sein, berücksichtigt aber in keiner Weise die aus dem Verwandtschaftsgrad der Beteiligten resultierende Konfliktsituation.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der § 372a eine Duldungspflicht bezüglich der Untersuchung zur Abstammungsfeststellung begründet, die jedoch erheblichen Einschränkungen unterliegt.

Aufgrund mangelhafter Präzisierung des Inhaltes der Zumutbarkeitsklausel durch den Gesetzgeber, haben sich im Laufe der Zeit verschiedene z. T. stark voneinander abweichende Auffassungen in der Rechtsprechung entwickelt.

Im folgenden Abschnitt will ich versuchen darzustellen, welche Regelungen im Rahmen der Strafprozeßordnung bezüglich der Duldungspflicht von Untersuchungen zur Abstammungsfeststellung getroffen sind.

B) Die Rechtsgrundlage der Untersuchung zur Abstammungsfeststellung im Strafprozeß.

Im Bereich der Strafprozeßordnung regelt § 81c STPO die Pflicht Nichtbeschuldigter zur Duldung körperlicher Untersuchungen - die §§ 81a, 81b behandeln die Duldungspflichten der Beschuldigten.

§ 81 c

I. Andere Personen als Beschuldigte dürfen, wenn sie als Zeugen in Betracht kommen, ohne ihre Einwilligung nur untersucht werden, soweit zur Erforschung der Wahrheit

festgestellt werden muß, ob sich an ihrem Körper eine bestimmte Spur oder Folge einer strafbaren Handlung befindet. Die Untersuchung kann aus den gleichen Gründen wie das Zeugnis verweigert werden. Die Untersuchung ist unzulässig, wenn sie dem Betroffenen bei Würdigung aller Umstände nicht zugemutet werden kann.

II. Bei anderen Personen als Beschuldigten sind Untersuchungen zur Feststellung der Abstammung und die Entnahme von Blutproben ohne Einwilligung des zu Untersuchenden zulässig, wenn kein Nachteil für seine Gesundheit zu befürchten und die Maßnahme zur Erforschung der Wahrheit unerläßlich ist. Die Untersuchungen und die Entnahme von Blutproben dürfen stets nur von einem Arzt vorgenommen werden. Absatz I, Satz 2 und 3 gilt auch hier.

III. ...

IV. ...

Ursprünglich kannte man keine Untersuchungspflicht nichtbeschuldigter Personen. Orlowsky (29) führt hierzu aus:
" Erst das Gewohnheitsverbrechergesetz von 1933 brachte die notwendige Klärung der Streitfragen bezüglich der

generellen Verpflichtung zur Duldung körperlicher Untersuchungen". Eine spätere Fassung erfolgte durch das Vereinheitlichungsgesetz vom 12.9.1950; Absatz II wurde durch das Dritte Strafrechtsänderungsgesetz vom 4.8.1953 geändert.

Zunächst fällt auf, daß hier eine Koppelung des Untersuchungsverweigerungsrechtes (UVR) mit dem Zeugnisverweigerungsrecht (ZVR) gegeben ist.

Das Zeugnisverweigerungsrecht, festgelegt in § 52 StPO bestimmt:

Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt:
der Verlobte des Beschuldigten,
der Ehegatte des Beschuldigten, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht,
wer mit dem Beschuldigten in gerader Linie verwandt, verwschwägert oder durch Annahme an Kindes Statt verbunden, oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grade verwschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht.

Analog zum Zeugnisverweigerungsrecht nach § 383 ZPO gründet der § 52 StPO auf einem Interessenwiderstreit infolge von Familienbanden. Angesichts einer solchen

Konfliktsituation verzichtet der Staat lieber auf ein Beweismittel, als daß er einen nahen Angehörigen der Versuchung aussetzt zugunsten des angeklagten Familienmitgliedes im Strafprozeß einen Meineid zu schwören. Nicht nur die individuelle Konfliktsituation allein bildet die Grundlage des Weigerungsrechtes, die herrschende Meinung geht darüber hinaus:

"Aus Übergeordneten Gründen, nicht nur wegen des Gewissenskonfliktes der Zeugen, sondern auch zum Schutz der Familie des Angeklagten, soll es im Ermessen des Zeugen liegen, ob er aussagen will oder nicht" (30).

Im Vergleich mit § 372a ZPO ist somit die Zumutbarkeitsklausel klarer definiert. Dennoch tauchen in der Anwendung Probleme auf: Zum einen hat entsprechend den Bestimmungen des Zeugnisverweigerungsrecht auch im Zusammenhang des Untersuchungsverweigerungsrechtes eine Belehrung zu erfolgen. Dies ist die Aufgabe des Richters, aber auch - worauf Kleinknecht (31) ausdrücklich hinweist - des Staatsanwaltes und dessen Hilfsbeamten. Der Strafsenat des Bundesgerichtshofes unterstreicht in einer Entscheidung (32) ausdrücklich die Konsequenzen einer Unterlassung der Belehrung: "... Der auf dem Mangel der Belehrung beruhende Prozeßverstoß kann nur durch die ausdrückliche Feststellung, daß die Untersuchung nicht verwertet wurde, geheilt werden...".

Aus der Belehrungspflicht resultiert ein weiteres Problem, nämlich das des Adressaten. Es handelt sich ja in den hier zur Diskussion stehenden Fällen in der Überwiegenden Mehrzahl um Säuglinge oder Kleinkinder, die in den Meineidsprozessen als Zeugen gegen die eigenen Mütter auftreten sollen, also um sog. "geistig unreife Beweispersonen".

In vielen Fällen tritt das Jugendamt als Rechtvertreter auf, in anderen das Vormundschaftsgericht oder aber die Kindesmütter selbst. Während nun das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung zu diesem Problem befunden hatte "es genüge, daß das Kind über das Zeugnisverweigerungsrecht belehrt werde und daß es daraufhin nicht erkläre von ihm Gebrauch zu machen wollen, gleichgültig ..., ob das Kind bereits das erforderliche Verständnis für die ihm vom Gesetz eingeräumte Berechtigung gewonnen und welche Überzeugung davon das Gericht erlangt habe", verläßt der Große Senat für Strafsachen in einer Entscheidung vom 8.12.1958 diese Rechtsansicht, die seiner Meinung nach die Folge habe, "... daß das Weigerungsrecht in den meisten Fällen praktisch gegenstandslos wurde". Vielmehr findet sich in dieser Entscheidung des BGH neben der schon oben angeführten Berücksichtigung der individuellen Konfliktlage ebenso ein darüberhinausführender Schutzgedanke der

Familie und damit eine Antwort auf die Problematik der "geistig unreifen Beweispersonen", indem die höchstrichterliche Entscheidung ausführt: "Da die Duldungspflicht des § 81c Absatz II StPO nur im Rahmen der Zeugnispflicht besteht, kann es auch hier nur auf das familienrechtliche Band zwischen der Beweisperson und dem Beschuldigten und nicht darauf ankommen, ob es die Beweisperson auch tatsächlich als einen Konflikt empfindet, in einem Verfahren gegen einen nahen Angehörigen sich als Gegenstand einer Untersuchung gemäß § 81c StPO hergeben zu müssen" (33).

Gegen die Gleichwertigkeit des Untersuchungsverweigerungsrechtes mit dem Zeugnisverweigerungsrecht, die in der Koppelung durch den Gesetzestext zum Ausdruck gebracht wird, ließe sich allerdings ein grundlegender Unterschied der beiden Rechte einwenden, auf den Orlowsky hinweist: Der schon mehrfach angesprochene Konflikt zwischen Wahrheitspflicht und familiärer Bindung führe bei dem zu Untersuchenden nicht zu der "Gefahr eines vom Probanden herbeigeführten Falschbeweises wie im Falle der Aussagepflicht", da die Beweisperson nicht wählen könne ... "Zwischen den Möglichkeiten des Wahrbeweises, des Falschbeweises und der Verweigerung. Sie hat nur die Möglichkeit der Wahl zwischen Untersuchungsbereitschaft, die der Feststellung 'objektiv wahrer' Tatsachen dient und Unter-

suchungsverweigerung" (34).

So richtig diese Unterscheidung auch ist, sie muß m.E. bei einer Abwägung hinter die Bedeutung der verwandtschaftlichen Beziehungen zurücktreten. Es ist also dem Gesetzeswortlaut und der darin fixierten Überlegung zuzustimmen, daß "die Ehefrau, die Eltern und die Kinder das gleiche Recht haben müssen, ihren Körper als Beweis zu verweigern, wie sie das Recht haben ihre Aussage zu verweigern"(35).

C) Zusammenfassung

Faßt man die bisher erlangten Ergebnisse zusammen, so läßt sich als strittiger Punkt die in beiden Prozeßordnungen eingebauten Zumutbarkeitsklauseln herauskristallisieren.

Probleme tauchen auf, wenn es abzuwägen gilt, welche Interessen höher zu bewerten sind: Die hier zur Diskussion stehende Konfliktlage des Kindes, ob es dazu beitragen muß, seine Mutter eines Meineides zu überführen, oder das Interesse des Staates an der Strafverfolgung.

Im zivilprozessualen Bereich ist mangels einer exakten Richtlinie des Gesetzgebers der § 372a derart unscharf gefaßt, daß er auch die m. E. unerträglich weitgefaßte Auslegung der Zumutbarkeit, wie die des Kammergerichtes Berlin (s. o.) zuläßt, die "im Regelfall" auf die individuelle Konfliktlage keinerlei Rücksicht nehmen zu brauchen meint. Die formale Einstufung des Kindes als Partei und der Mutter als Zeugin im zivilprozessualen Bereich, ändert m. E. ebenso wenig an der Konfliktsituation, wie die ebenfalls formale Einstufung dieser Beweisart als Augenscheinsbeweis und dem damit erfolgten Abblocken jeglicher Möglichkeit einer Konfliktlösung über das Zeugnisverweigerungsrecht.

In der Strafprozeßordnung hat der Gesetzgeber mit gutem

Grund eine Gleichschaltung des Untersuchungsverweigerungsrechtes mit dem Zeugnisverweigerungsrecht eingeführt. Dies erweist sich als hilfreich insofern, als der Begriff Zumutbarkeit eindeutiger mit Inhalt ausgefüllt ist, mit der Folge, daß die Rechtsprechung der Gesamtsituation adäquatere Entscheidungen füllen kann.

Fragen wie die Belehrungspflicht, der Adressat der Belehrung sowie der Problemkreis der "geistig unreifen Beweispersonen" sind theoretisch-rechtlich gelöst, durch die Berücksichtigung der individuellen Konfliktlage sowie dem ausdrücklichen Bezug auf den 'Übergeordneten' Gedanken des Schutzes der Familie.

Andererseits entstand die recht seltsam anmutende Situation, daß der Staat im Zivilprozeß seine Interessen durchsetzen kann, im Strafprozeß jedoch u.U. hintenan stellen muß, obgleich man doch annehmen sollte, daß gerade im letztgenannten Bereich ein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung vorrangig sei. Man denke nur z. B. an die Fälle von Inzest oder Kindesmißhandlung in denen aufgrund des durch den Zeugen in Anspruch genommenen Untersuchungsverweigerungsrechtes und Zeugnisverweigerungsrechtes der Täter aus 'Mangel an Beweisen' straffrei bleibt, ja darüber hinaus das Opfer u. U. wieder in das schädigende Milieu

zurückkehrt und dabei möglicherweise erneut einer Gefährdung ausgesetzt wird.

Die aufgezeigte rechtlich unterschiedliche Handhabung der Konfliktsituation, die meiner Meinung nach unerträglich ist, kritisiert auch Bosch (36) scharf, wenn er schreibt, daß "außerhalb des zivilprozessualen Verfahrens in den letzten Jahren etliche bedeutsame und stark diskutierte Gerichtserkenntnisse gerade zum Zeugenbeweis (ergingen) ... Ergebnisse ... von denen - so scheint es - der Ziviljurist und der Zivilprozessualist kaum Kenntnis genommen haben".

IV. Kasuistik =====

Vorbemerkung:

Im folgenden stelle ich verschiedene Fälle vor, an denen die in dieser Arbeit behandelte Problematik zu diskutieren sein wird. Darüberhinaus stellen sie Beispiele dar, an denen sich der Prozeßverlauf sowie die verschiedenen Fragestellungen, die zu einer medizinischen Vaterschaftsbegutachtung führen, aufzeigen lassen.

An dieser Stelle danke ich den zuständigen Staatsanwaltschaften und Gerichten, daß sie mir bereitwillig Gelegenheit gaben Einsicht in die Akten zu nehmen.

Selbstverständlich folge ich der ausdrücklichen Bitte, die an den Prozessen beteiligten Personen nicht namentlich zu nennen und persönliche Umstände nicht zu referieren, damit z. T. noch laufende Resozialisierungsmaßnahmen nicht gefährdet werden.

Fall 1.

Das Kind S. B., geboren am 21.12.1968 erhebt - vertreten durch das zuständige Jugendamt - gemäß § 1/08, 1/10 BGB gegen den Türken S. C. beim Amtsgericht Dorsten Klage auf Unterhalt.

Der als Erzeuger in Anspruch genommene Mann habe mit seiner Mutter I. B. bis zum 27.5.1968 in der Türkei gelebt und ihr während der Empfängniszeit vom 23.2. - 23.6.1968 beigeohnt.

Bei der Verhandlung vor dem Amtsgericht Dorsten am 3.6.1970 erklärte die Kindesmutter als Zeugin, sie habe in der Empfängniszeit nur mit dem Beklagten Geschlechtsverkehr gehabt. Der Beklagte beantragt die Erstellung eines Blutgruppengutachtens, sowie die Einstellung des Verfahrens.

Es ergeht der Beweisbeschluß, ein Blutgruppengutachten einzuholen zur Klärung der Frage, ob der Beklagte als Erzeuger des klagenden Kindes auszuschließen sei.

In dem am 22.2.1971 erstatteten Blutgruppengutachten kommt der Gutachter aufgrund der festgestellten Rh-Faktorenkonstellation (Kindesmutter: Cc, Beklagter: CC, Kläger: cc) zu dem Ergebnis, der Beklagte sei 'offenbar unmöglich' der Erzeuger des klagenden Kindes, da dieses nicht die Rh-Faktorenkombination Cc besitze. Er empfiehlt die Ergebnisse durch einen anderen Sachverständigen überprüfen zu lassen.

Dieser Zweitgutachter stimmt in seinem Gutachten vom 9.6.1971

bezüglich der von ihm erhobenen Befunden mit dem Vorgutachter völlig Überein und kommt zu dem Schluß: "Nach den für die Rh-Faktoren geltenden Vererbungsregeln ist es offenbar unmöglich, daß der Beklagte S. C. der Erzeuger des Kindes C. S. B. ist". In dem am 15.7.1971 ergangenen Urteil des Amtsgerichtes Dorsten wird die Klage abgewiesen und die Kosten des Verfahrens dem Kläger auferlegt.

Im August 1971 beginnt die Staatsanwaltschaft Essen mit der Ermittlung gegen I. B. wegen Falschaussage und versuchten Betruges. In ihrer Aussage vom 17.8.1971 bleibt die Kindesmutter bei ihrer Behauptung in der Empfängniszeit nur mit dem Türken C. intimen Verkehr gehabt zu haben, sie äußert die Vermutung, die Blutgruppenbestimmung sei durch "Beibringung blutverändernden Substanzen mit Hilfe von türkischen Ärzten" erschwert worden. Da sie erst am 25.5.1968 aus der Türkei zurückgekehrt sei, hätte ihr Kind bei einem nach diesem Datum erfolgten Geschlechtsverkehr ein 6- bis 7-Monatskind gewesen sein müssen. Ihr Kind sei jedoch ein vollausgetragenes 9-Monatskind.

Am 22.9.1971 wird Anklage wegen uneidlich vorsätzlicher Falschaussage erhoben. Die Staatsanwaltschaft Essen beantragt die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Amtsgericht-Schöffengericht in Dorsten. In der Hauptverhandlung am 10.11.

1971 wurden die Parteien angehört, daraufhin erging Beweisbeschluß ein Erbbiologisches Gutachten einzuholen, um die Frage zu beantworten, "ob das Kind Christian S. B. Sohn des Zeugen C." sei. Die Verhandlung wurde vertagt.

Am 29.3.1972 stellt die Gutachterin fest, daß bei einer mittelgradigen Mutter-Kind-Ähnlichkeit, die ausreichend Merkmale übrig ließe, die bei der Beurteilung der Vaterschaft eines Mannes von Bedeutung seien, sich im äußeren Erscheinungsbild keinerlei Feststellungen hätten treffen lassen können, "die irgendwie geeignet wären die Vaterschaft des Zeugen sicher in Frage zu stellen". Dies gelte auch hinsichtlich des Ausschlußes durch die umgekehrte Reinerbigkeit bei den Faktoren cc des Rh-Systems. Im Übrigen seien schon in allen Blutgruppensystemen Unstimmigkeiten beobachtet worden, ohne daß dadurch deren Beweiswert in Frage gestellt werde, da solche Abweichungen sehr selten seien. In der Beantwortung des Beweisbeschlußes faßt die Gutachterin zusammen: "Nach erbbiologisch-anthropologischen Gesichtspunkten muß trotz dieses Ausschlußes die Feststellung getroffen werden, daß die Vaterschaft des S. C. an dem Kinde C. S., geboren am 21.12.1968 mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als gegeben angesehen werden muß".

In der Hauptverhandlung am 17.5.1972 stellt der Staatsanwalt daraufhin Antrag auf Freispruch. Im Urteil ergeht Freispruch von der Anklage der vorsätzlichen falschen uneidlichen Aussage und versuchten Prozeßbetruges mangels Beweises. Das erbbiologische Gutachten habe die Vaterschaft des Zeugen C. bejaht. Wenn dies der Fall sei, könne "die Aussage der Angeklagten möglicherweise richtig sein". Gegenteiliges sei ihr jedenfalls nicht nachzuweisen.

Fall 2.

Am 1. Juli 1958 wird das Kind H.-D. von Frau S. unehelich geboren. Die Kindesmutter gibt beim zuständigen Jugendamt den E. M. als Erzeuger dieses Kindes an. In einer Unterhaltsklage gegen E. M. im Jahre 1958 sagte die Kindesmutter aus, sie habe in der Empfängniszeit nur mit E. M. Geschlechtsverkehr gehabt. Der geladene Mehrverkehrszeuge J. D. stritt jeglichen Verkehr mit der Kindesmutter in der fraglichen Zeit ab. Beide Zeugen wurden auf ihre Aussagen vereidigt und in dem in dieser Sache ergangenen Urteil wurde E. M. zur Unterhaltszahlung für das Kind H.-D. verurteilt.

In einem Strafprozeß gegen E. M. wegen Vernachlässigung der Unterhaltspflicht im Jahre 1961 kam der bestellte Gutachter Prof. S. zu dem Ergebnis, E. M. sei "offenbar unmöglich" der Erzeuger des Kindes H.-D., wobei er diesem Untersuchungsergebnis den Wahrscheinlichkeitsgrad 7 zumaß, hingegen sei der mituntersuchte Mehrverkehrszeuge J. D. "sehr wahrscheinlich" (Grad 2) der Erzeuger des Kindes H.-D. Dieses Strafverfahren endete mit einem Freispruch für den Angeklagten E. M.

Auf diesen Ergebnissen basierend wird im März 1962 von den Rechtsanwälten R. und B. beim leitenden Oberstaatsan-

walt in H. ein Strafantrag gegen Frau S. und Herrn J. D. wegen Meineides gestellt. Im April 1962 wird das Verfahren durch den Staatsanwalt eingestellt mit der Begründung, ein diesbezüglich von Amts wegen bereits eingeleitetes Verfahren sei eingestellt worden, da die Beschuldigten bei ihrer Aussage geblieben seien und das erstellte Blutgruppengutachten E. M. nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als Erzeuger ausgeschlossen habe. Eine Anklageerhebung hätte somit keine Erfolgsaussicht.

Im Mai 1962 wird indessen von den Rechtsanwälten gegen diesen Einstellungsbescheid Beschwerde erhoben; das Verfahren wurde daraufhin im September 1962 wieder aufgenommen. Der medizinische Sachverständige Prof. P. schlägt ein erweitertes Blutgruppengutachten bezüglich der Haptoglobuline und des Gm-Systems vor. Im November 1962 wird von den Rechtsanwälten mitgeteilt, der Aufenthaltsort des Klägers sei unbekannt.

Im Januar 1963 erteilt der leitende Oberstaatsanwalt den Auftrag zur Erstellung eines Blutgruppengutachtens an den med. Sachverständigen Dr. H. Ein Hinweis auf eine Erwägung eines möglicherweise bestehenden Untersuchungsverweigerungsrechtes des Kindes H.-D. in diesem beginnenden Strafprozeß gegen dessen Mutter findet sich nirgends in den Prozeßakten.

Der Kläger E. M. bittet nunmehr den Blutentnahmetermin bis zum Dezember 1963 zu verschieben, was allerdings vom Oberstaatsanwalt abgelehnt wird. Die Rechtsanwälte des Klägers erklären daraufhin, der Kläger befinde sich bis Mitte 1964 in einer Haftanstalt.

Der Sachverständige Dr. H. kommt in seinem Gutachten im Januar 1964 zu dem Ergebnis, sowohl der Kläger E. M. als auch der Mehrverkehrszeuge J. D. seien aufgrund der untersuchten Blutmerkmale S, Haptoglobintypen und des Gm-Testes als Erzeuger nicht auszuschließen. Daraufhin erhebt der Oberstaatsanwalt im Januar 1964 Anklage wegen Meineides und stellt Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens. Dieses beginnt im März 1964; der angeklagten Frau S. wird vorgeworfen, sie sei mit ihren Aussagen vom Januar 1959 und November 1960 meineidig geworden, indem sie behauptet habe, in der gesetzlichen Empfängniszeit vom 5. August bis 2. Dezember 1957 nur mit dem Kläger E. M. geschlechtlich verkehrt zu haben. In der öffentlichen Sitzung im Juni 1964 ergeht nach Anhörung der Parteien der Beschluß, ein erbbiologisches Gutachten unter Einbeziehung des Vaters des Klägers, F. M., einzuholen, ein Hinweis auf ein eventuell bestehendes Untersuchungsverweigerungsrecht des Kindes der Angeklagten findet sich nirgendwo in den Gerichtsprotokollen.

Der Vater des Klägers bittet inständig "von der Angelegenheit verschont" zu werden, wird jedoch vom Vorsitzenden auf die dringende Notwendigkeit der Untersuchung hingewiesen.

Im Oktober 1964 ergeht der Auftrag des erbbiologischen Gutachtens an die Sachverständige Prof. T.-B.; bei dem im Januar 1965 anberaumten Untersuchungstermin erscheint der Kläger nicht.

In der Ladung an alle für einen erneuten Untersuchungstermin findet sich kein Hinweis auf ein Untersuchungsverweigerungsrecht, wohl aber Hinweise auf eine Erscheinungspflicht und die Androhung einer Haftstrafe bis zu 6 Wochen als Ordnungsstrafe im Falle eines Nichterscheins.

Im Juni 1965 kommt der Sachverständige Prof. M. in seinem Blutgruppengutachten bezüglich des S/s und Gc-Systems zu dem Ergebnis der Kläger E. M. sei als Erzeuger nicht auszuschließen, hingegen sei der Mehrverkehrszeuge J. D. offenbar unmöglich der Erzeuger des Kindes.

Die Sachverständige Prof. T.-B. kommt in ihrem erbbiologischen Gutachten vom Juli 1965 zu der Überzeugung, der Kläger E. M. sei "insbesondere unter Berücksichtigung einer Übereinstimmung, die das Kind mit dem Vater ... F. M. aufweist, als Erzeuger des Kindes H.-D., geboren am 1.7.1958 anzusehen. Die

Vaterschaft des Zeugen D. ist unwahrscheinlich."

In der Hauptverhandlung im Oktober 1965 wird die Angeklagte Frau S. aus "Mangel an Beweisen" freigesprochen: "weder Zeugen noch Gutachter verschafften Klarheit".

Fall 3.

Im Juni 1962 wird das Kind S. von Frau K. unehelich geboren. Das zuständige Jugendamt klagt gegen den als Vater in Anspruch genommenen Dr. B. auf Unterhaltszahlung, der im Urteil des Verfahrens als Vater angesehen wird und nach der Verurteilung zunächst auch Unterhaltszahlung leistet.

Im Oktober 1970 klagt Dr. B. gegen das Kind auf negative Feststellung vor dem Amtsgericht in G. In dem hierzu ergangenen Urteil vom April 1972 wird festgestellt, das Kind S. stamme nicht von Dr. B. ab, dieser sei nach dem Blutgruppen-gutachten des med. Sachverständigen Prof. M. aufgrund der Untersuchungen der S/s-Faktoren, des Serum-Gm sowie der Pp-Typen offenbar unmöglich der Erzeuger des Kindes.

Im Oktober 1971 hatte Frau K. in einer uneidlichen Vernehmung ausgesagt, sie habe in der Empfängniszeit nur mit Dr. B. geschlechtlich verkehrt. In dem nunmehr durchgeführten Strafverfahren wegen falscher uneidlicher Aussage bleibt Frau K. bei ihren Angaben, wohingegen Dr. B. darauf besteht nicht der Erzeuger des Kindes S. zu sein.

Insgesamt werden in dieser Sache drei medizinische Gutachten eingeholt; in den Prozeßakten findet sich nirgendwo ein Hinweis auf ein Untersuchungsverweigerungsrecht des

Kindes S.

Der med. Sachverständige Prof. D. schließt Dr. B. in drei voneinander unabhängigen Blutsystemen (ABO, Hp, Gm) als Erzeuger aus. Der Sachverständige Prof. M. bestätigt das Ergebnis seines früheren Blutgruppengutachtens. Die Sachverständige Prof. T.-B. kommt in ihrem erbbiologischen Gutachten "unter Berücksichtigung der großen Mutter-Kind-Ähnlichkeit" zu folgendem Ergebnis: "Nach erbbiologisch-anthropologischen Gesichtspunkten kann der Zeuge Dr. B. als Erzeuger des Kindes S. ... nicht ausgeschlossen werden. Ein solcher Ausschluß ist auch nicht möglich unter Berücksichtigung der Unstimmigkeiten in den Blutgruppensystemen S/s, Hp, Gm."

In dem im Oktober 1976 ergangenen Urteil wird daraufhingewiesen, "daß ein erbbiologisches Gutachten die Beweiskraft eines Blutgruppengutachtens in Frage stellen kann", in diesem Fall sei jedoch das Gericht zu der Überzeugung gelangt, daß die Angeklagte "in der gesetzlichen Empfängniszeit auch noch mit einem anderen Mann als dem Zeugen ... Geschlechtsverkehr gehabt haben mußte ..." und "insoweit bei ihrer Vernehmung am 5.10.1971 die Unwahrheit gesagt hatte".

Bei der Strafzumessung berücksichtigte das Gericht die Tatsache, daß die Angeklagte nicht vorbestraft und seit 1964 verheiratet war und aus dieser Ehe ein weiteres Kind

hatte, Ueberdies seit 19/1 mit dieser Sache belastet war, indes hielt es angesichts der geleisteten Beiträge des Dr. B. und der Tatsache, "daß die Rechtsprechung auf richtige Partei und Zeugenaussagen angewiesen ist", eine Freiheitsstrafe von 4 Monaten, die auf 3 Jahre Bewährung ausgesetzt wurde, für eine "erforderliche, aber auch angemessene Sühne".

Fall 4.

Im Juli 1956 stellt Rechtsanwalt D. im Auftrag seines Mandanten E. J., einem Ausländer, Strafanzeige gegen Frau H. wegen falscher Verdächtigung in Tateinheit mit versuchten Betruges. Frau H. habe den E. J. verdächtigt, Erzeuger ihres am 25.3. 1956 unehelich geborenen Kindes G. H. zu sein.

In der daraufhin durchgeführten Vernehmung durch die Kriminalpolizei sagt Frau H. aus, sie habe am 25.6.1956 mit J. Geschlechtsverkehr gehabt.

Anfang 1957 wird die Anzeige erweitert auf Verdacht der falschen eidlichen Aussage. In der vorangegangenen Unterhaltssache hatte Frau H. ausgesagt, sie habe in der Empfängniszeit nur mit J. geschlechtlich verkehrt. Auf diese Aussage wurde sie damals vereidigt.

Im Oktober 1957 wird das Verfahren gegen Frau H. durch den zuständigen Staatsanwalt wegen Mangel an Beweisen eingestellt; die Klage wird im Februar 1960 abgewiesen. Daraufhin beantragt Rechtsanwalt D. die Fortsetzung des Ermittlungsverfahrens. Es wird weiter ermittelt.

Im Januar 1961 wird das Verfahren gegen Frau H. erneut durch den Staatsanwalt eingestellt, da die ermittelten Tatsachen zu einer Überführung nicht ausreichen. Rechtsanwalt D. legt darauf-

hin Beschwerde ein und stellt nochmals Antrag auf Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens.

Im Juni 1961 - es sind inzwischen fast fünf Jahre seit der ersten Anzeigeerstattung vergangen - wird durch den leitenden Oberstaatsanwalt in D. beim Amtsgericht O. Anklage gegen Frau H. erhoben; im November 1961 kommt es zur Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht in O.

Nachdem der Sachverständige Prof. B. als Gutachter J. als Erzeuger des Kindes G. H. ausschließt, führt die von dem Verteidiger der Angeklagten eingeführte Sachverständige Prof. T.-B. unter dem Hinweis auf die sehr große Mutter-Kind-Ähnlichkeit aus, sie könne J. als Erzeuger nicht ausschließen.

Der Staatsanwalt beantragt daraufhin ein Haptoglobulingutachten durch den Sachverständigen Prof. M. Dem Antrag wird zugestimmt und das Verfahren wird vertagt.

In den Verhandlungsprotokollen erscheint nirgends ein Hinweis darüber, ob ein eventuell bestehendes Untersuchungsverweigerungsrecht des Kindes erwogen wurde.

Im November 1961 kommt Prof. M. in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, es sei aufgrund der Blutgruppen- und Blutfaktorenbestimmung einschließlich des Systems Rh/rh, sowie der Rh-

Untergruppen, des Kell-Cellano-Systems, des P-Systems, des Faktors S und der Serumhaptoglobuline nicht offenbar unmöglich, daß der Zeuge J. der Erzeuger des Kindes G. H. sei.

Januar 1962 kommt es erneut zur Verhandlung. Prof. B. hält sein früheres erbbiologisches Gutachten aufrecht, erklärt jedoch angesichts des vorliegenden Blutgruppengutachtens, daß der Zeuge J. nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als Erzeuger auszuschließen sei. Er könne der Kindesvater sein.

Es erfolgt der Beschluß, ein erbbiologisches Obergutachten einzuholen, wiederum fehlt der Hinweis auf eine Erörterung eines Untersuchungsverweigerungsrechtes.

Im Februar 1962 reicht der Verteidiger der Angeklagten ein Gutachten von Prof. T.-B. ein, in dem sie zu dem Ergebnis kommt, "daß Herr J. als Erzeuger des Kindes G. H. nicht ausgeschlossen werden kann und daß seine Vaterschaft sogar sehr wahrscheinlich ist".

Im Juni 1962 gelangt die Obergutachterin Prof. W. zu dem Ergebnis, daß es nicht offenbar unmöglich sei, daß der Zeuge J. der Vater des Kindes ist, er sei vielmehr sehr wahrscheinlich der Erzeuger. Die Diskrepanz ihres Ergebnisses, daß ja dem Erstgutachten völlig widerspricht, erklärt sie damit,

"daß sich zahlreiche im Erstgutachten genannte Eigenbildungen des Mädchens im Laufe der Weiterentwicklung des Kindes verändert und den bei den Erwachsenen vorliegenden Ausprägungsformen genähert haben und nunmehr keine Entlastung für Herrn J. bedeuten".

In einer Stellungnahme vom Dezember 1962 wirft Prof. B. Prof. T.-B. eine Verletzung der Sorgfaltspflicht vor und bleibt weiter bei seinem Ergebnis J. sei nicht der Erzeuger.

Im Januar 1963 erfolgt die abschließende Hauptverhandlung. Nachdem die Zeugen vernommen wurden, und die Gutachten aller Sachverständigen vorgetragen waren, beantragte die Staatsanwaltschaft und die Verteidigung Freispruch für die Angeklagte. Das Urteil erging auf Freispruch, da aufgrund der Wertung des Beweismaterials die Vaterschaft des J. nicht ausgeschlossen werden konnte, sei die Angeklagte mangels Beweises von dem Vorwurf des Meineides in Tateinheit mit versuchtem Betrug freizusprechen.

Zusammenfassung der Fälle:

Fall 1 stellt einerseits ein Beispiel dar in dem ein unehelich geborenes Kind gegen einen als Erzeuger in Anspruch genommenen Mann auf Unterhaltszahlung klagt, andererseits zeigt sich, daß ein erbbiologisches Gutachten zwei Blutgruppengutachten, die aufgrund der festgestellten Rh-Faktorenkonstellation zu dem Ergebnis 'offenbar unmöglich' kamen, nicht nur in ihrer Beweiskraft erschüttern, sondern sogar widerlegen kann.

In Bezug auf das Thema dieser Arbeit ist es erstaunlich, daß in den Prozeßakten kein Hinweis darauf zu finden ist, ob beim Beweisbeschluß zum Einholen des - letztlich die Angeklagte entlastenden - erbbiologischen Gutachtens die Frage geprüft wurde, inwieweit die Untersuchung des Kindes in diesem Strafprozeß gegen die Kindesmutter überhaupt zumutbar und damit statthaft war. Das Verfahren gegen die Kindesmutter dauerte vom Beginn der Ermittlungen bis zum Urteil der Hauptverhandlung immerhin 10 Monate.

Fall 2 ist im Vergleich zu Fall 1 erheblich vielschichtiger: es sind mehrere Prozesse miteinander verwoben, bzw. bauen aufeinander auf. Einmal ist es im Gegensatz zu Fall 1 ein

Meineidprozeß gegen die Kindesmutter, zum anderen werden weitere Personen einbezogen. Etwas undurchsichtig erscheint die Interessenlage: Die Rechtsanwälte des Klägers strengen mehrfach ein Ermittlungsverfahren an, der Staatsanwalt verneint jedoch die Erfolgsaussichten. Schließlich kommt es zum Verfahren, da ist auf einmal der Kläger verschwunden, selbst seinen Anwälten ist sein Aufenthalt unbekannt. Mehrere Untersuchungen werden beschlossen, immer fehlt die Überlegung, ob es dem Kind, dessen Mutter unter Meineidanklage steht, überhaupt zumutbar ist, sich der Untersuchung zu unterziehen. Die Dauer des Verfahrens erstreckt sich über mehrere Jahre.

Im Fall 3 klagt das zuständige Jugendamt gegen Dr. B., der als Erzeuger festgestellt zunächst Unterhaltszahlungen leistet, dann aber mit Erfolg auf negative Feststellung der Vaterschaft klagt. In dem sich anschließenden Strafverfahren gegen die Kindesmutter wegen falscher uneidlicher Aussage vermag das die Angeklagte entlastende erbbiologische Gutachten nicht durchzudringen. Es kommt zur Verurteilung der Angeklagten zu drei Jahren Bewährung; die Rechtsprechung sei auf richtige Partei- und Zeugenaus-

sagen angewiesen, ist in der Urteilsbegründung zu lesen, die Frage nach dem Untersuchungsverweigerungsrecht des Kindes findet nirgendwo Beachtung, ja wird nicht einmal gestellt. Das Verfahren nimmt fünf Jahre in Anspruch.

Fall 4 ist ein weiteres Beispiel eines Verfahrens wegen falscher uneidlicher Aussage gegen eine Kindesmutter: Zuerst über fünf Jahre hinweg Anträge das Verfahren zu eröffnen sowie Einstellungen der Verfahren durch den zuständigen Staatsanwalt. Mehrere Untersuchungen und Gutachten unter Hinzuziehung eines Obergutachters werden durchgeführt - auch hier wieder keinerlei Erörterung eines Untersuchungsverweigerungsrechtes des Kindes im Strafverfahren gegen die eigene Mutter.

Nach insgesamt fast sieben Jahren gerechnet seit dem ersten Strafantrag gegen Frau H., wird diese 'mangels Beweises' freigesprochen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die referierten Fälle Beispiele für die eingangs beschriebenen verschiedenen Prozeßarten darstellen. Auffallend ist die lange Dauer der Verfahren, sowie das Fehlen jedweden Hinweises auf die Frage, ob die angeordneten Untersuchungen den jeweiligen Kindern überhaupt zumutbar seien.

Dies steht in krassem Gegensatz zu den Rechtsgrundsätzen, die in Teil III dieser Arbeit herausgearbeitet wurden. In der folgenden Diskussion soll darauf noch näher eingegangen werden.

V. Diskussion

Die in Teil II ausgeführten Begutachtungsmöglichkeiten haben trotz ihrer unterschiedlichen Aussagekraft eine allgemeine Anerkennung gefunden und finden als objektive Beweismittel tägliche Anwendung.

Die in Vaterschaftsverfahren gemachten Aussagen können durch die Ergebnisse der medizinischen Gutachten objektiv widerlegt werden. Bei den sich möglicherweise anschließenden Strafverfahren wegen uneidlicher Falschaussage bzw. Meineides, entsteht das Problem der Zumutbarkeit der Untersuchung für das Kind und dessen Aussageverweigerungsrecht als Verwandter.

Der Einwand, es handle sich bei der Blutentnahme bzw. erbbiologischen Untersuchung um keine schwerwiegenden Eingriffe für den Betroffenen, mag, was die physische Belastung - abgesehen von Blutern - angeht, zutreffen, läßt jedoch die vielfältigen psychischen, sozialen und juristischen Probleme außer acht. Die in der juristischen Literatur durchaus kontrovers geführte Diskussion und die unterschiedlichen Urteile zeigen, wie wenig diese Probleme und Rechte des Kindes Berücksichtigung finden.

Es scheint mir notwendig, einige Punkte eingehender zu diskutieren, die sich im Verlauf der Untersuchung herauskristallisiert haben: Einmal der Gegensatz zwischen Rechtstheorie und Rechtspraxis, sodann das Problem der Vereidigung der Kindesmutter und schließlich soll auf die Stellung des Arztes als Gutachter in Vaterschaftsprozessen eingegangen werden.

Die in Teil IV referierten Fälle haben, so unterschiedlich sie auch gelagert sind, ein gemeinsames auffallendes Merkmal: das Problem des Untersuchungs- und Aussageverweigerungsrechtes des Kindes wird völlig übergangen. In keiner der Prozeßakten findet sich ein Hinweis auf dieses Recht des Kindes. Weder die Rechtsanwälte der angeklagten Frauen, noch die Richter, noch die Staatsanwälte, zu deren Aufgaben es gehört, auf das Aussageverweigerungsrecht hinzuweisen, gehen darauf ein. Selbst eine Belehrung über das Untersuchungsverweigerungsrecht des Kindes fehlt, obwohl der Bundesgerichtshof in einer Grundsatzentscheidung sehr klar darauf hinweist: "Der auf dem Mangel der Belehrung beruhende Prozeßverstoß kann nur durch die ausdrückliche Feststellung, daß die Untersuchung nicht verwertet wurde, geheilt werden..." (32)

Möglicherweise wäre das Urteil in Fall 3, in dem das

zweifelloos bestehende Bedürfnis der Rechtsprechung auf richtige Zeugenaussagen angesprochen wird, anders ausgefallen, hätte sich das Gericht in einer Rechtsgüterabwägung mit den Rechten des Kindes befaßt; etwa im Rahmen des in der juristischen Literatur so stark betonten Schutzgedankens der Familie, auf dem das Untersuchungsverweigerungsrecht einer Person im Strafprozeß gegen einen nahen Verwandten beruht. Unter dem Aspekt der Güterabwägung der Prozeßbeteiligten mutet es im Fall 2 seltsam an, wenn Rechtsanwälte ein Verfahren für ihren Mandanten anstrengen, dessen Interesse denn noch nicht allzu groß sein kann, wenn er plötzlich verschwindet, oder zum anberaumten Untersuchungstermin überhaupt nicht erscheint. Dieser Fall zeigt, daß die Möglichkeit, über einen Strafprozeß gegen die Mutter wegen einer Falschaussage im Unterhaltsprozeß das Verfahren erneut aufzurollen, zumindest fragwürdig sein kann. Geht man von dem Verhalten des Klägers in Fall 2 aus, scheint mir sein Interesse im Vergleich zum Untersuchungsverweigerungsrecht des Kindes nicht vorrangig zu sein. Bedauerlicherweise wurde eine derartige Abwägung während des Prozesses überhaupt nicht angestellt.

Woraus könnte ein solcher Mangel resultieren?

In diesem Zusammenhang ist ein jüngst abgeschlossenes Unter-

suchungsprojekt, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft getragen wurde, von großem Interesse. Die 1973 eingerichtete Forschungsgruppe "Familienrecht", bestehend aus Juristen, Soziologen, Psychologen und Psychoanalytikern untersuchte die Praxis der Vormundschaftsgerichte (37). Als Ergebnis der Studie wurde unter anderem ein "ostentativer Mangel an Information über die Situation des Kindes" (38), ein weitgehendes Zurücktreten der "Psychischen Dimension, das 'geistige Wohl des Kindes' " (39) sowie eine Verfahrensdauer, die "keine Rücksicht auf die altersentsprechenden Bedürfnisse der betroffenen Kinder" (40) nahm, festgestellt. Die "gefühlsmäßig enormen Belastungen" ausgesetzten Richter neigten dazu, "sich nach Möglichkeit der Berührung mit der psychischen Dimension eines Falles zu entziehen", vielleicht aus Angst um ihre "richterliche Objektivität" (41). Möglicherweise läßt sich auf diesem Hintergrund das völlige Fehlen einer Diskussion zum Untersuchungsverweigerungsrecht des Kindes in den dargestellten Fällen erklären. Interdisziplinäre Untersuchungen, wie die eben zitierte sowie eine entsprechende Ausbildung der Richter könnten vielleicht die aufgezeigte Kluft zwischen der Rechtstheorie und der Rechtspraxis verhindern und die täglich anfallenden

Probleme adäquater handhaben helfen.

Wie schon mehrfach betont, vermag das Ergebnis der naturwissenschaftlichen Vaterschaftsbegutachtung eine im Verfahren gemachte Aussage objektiv zu widerlegen. Ist eine solche Aussage vereidigt worden, so kann dies zu einem Meineidsprozeß gegen die Kindesmutter führen (vergl. Fall 2). Auf das verschärfte Strafmaß für dieses Delikt wurde in der Einleitung bereits hingewiesen.

Es stellt sich stets die Frage inwieweit Aussagen in Unterhaltsprozessen als wahrheitsgemäß zu werten sind.

Zum Problem der Aussagedelikte findet sich eine umfangreiche Literatur. Die Feststellung, "die falsche uneidliche Aussage, der Meineid und die falsche eidesstattliche Versicherung als typische Frauendelikte" (42) anzusehen, da hierbei die Beteiligung von Frauen bei 30% liege, ist sicher überspitzt, denn diese Prozentzahl besagt auch, daß "immerhin 70 v. H. dieser Delikte von Männern begangen werden" (43). Immerhin ist der Anteil der Autoren groß, die speziell bei den Aussagen einer Kindesmutter in Unterhaltsverfahren die Glaubwürdigkeit in Frage stellen. Als Gründe für eine solche falsche Aussage werden verschiedene angeführt. So sieht Undeutsch (44) als Motiv den "Wunsch, den wahren Schwän-

gerer zu verheimlichen" oder die Hoffnung der Frau "im Hinblick auf die Unterhaltszahlung einen zahlungskräftigen Mann zu haben".

Auch Mumm (45) sieht finanzielle Gründe: "die wirtschaftliche Not ist typisch für den Vaterschaftsprozess ... so sagt die Kindesmutter recht häufig aus Sorge um das Kind wohl falsch aus", aber auch "Ehrennot", "Furcht vor Schande" und "Haß gegen den alten Liebhaber" führt er als mögliche Motive an, die zu einer Falschaussage führen können.

Schütt (46) lehnt jede Beeidigung einer Kindesmutter ab und bezweifelt, daß "die Zeugenaussage einer Mutter in Sachen ihres Kindes überhaupt objektiv sein kann". Aus einem instinktiven Schutzgefühl für ihr Kind schalte sie alle verstandesmäßigen Überlegungen aus: "Eine richtige 'Mutter' ist zum Wohl ihres Kindes jedes Verbrechens fähig, selbstverständlich auch eines Meineides".

Wille und Schwarz (47) lehnen als ärztliche Sachverständige ebenfalls eine Beeidigung der Kindesmutter mit Hinweisen auf deren besondere psychologische Situation ab. In ihrer ausführlichen Arbeit stellen sie auch auf "die Befangenheit eines Zeugen in der ihm fremden Gerichtssituation" ab und appellieren an die Richter, sie sollten "den Ehrenschatz des Zeugen, der sich aus seiner Fürsorgepflicht ergibt, höher stellen als das Wahrheitsprinzip".

Zu den Motiven, die zu einer Falschaussage führen können, kann man sicher unterschiedlicher Auffassung sein. Allgemein läßt sich aber wohl sagen, daß die Situation der vor Gericht aussagenden Kindesmütter zu stark von emotional-subjektiven Momenten beeinflußt wird, als daß man im Regelfall eine kühle, sachlich distanzierte Haltung annehmen könnte. Ein besonders hervorzuhebender Gesichtspunkt scheint mir dabei die oben angesprochene Befangenheit der als Zeugin auftretenden Kindesmutter in der Gerichtsatmosphäre zu sein. Auch in der DFG-Studie wird der Überwiegende Verhandlungs- und Vernehmungstil von seiten der Richter und Staatsanwälte kritisiert.

Angesichts der eben skizzierten Situation der Kindesmutter mit der daraus resultierenden eingeschränkten Glaubwürdigkeit, hat eine Vereidigung als Mittel, den Wahrheitsgehalt der Aussage zu fördern, wenig Sinn. Angesichts der Tatsache, daß mit den heute zur Verfügung stehenden naturwissenschaftlichen Begutachtungsmöglichkeiten objektive Aussagen über den strittigen Sachverhalt gemacht werden können, ist eine Beeidigung nicht nur sinnlos sondern auch überflüssig. Dies gilt m. E. sowohl für Beeidigungen vor als auch nach einer Begutachtung.

Die referierten Fälle weisen auf einen weitem Punkt hin, der zu diskutieren wäre: Die Möglichkeit, ein abgeschlossenes Verfahren über eine Klage wegen Meineid bzw. falscher uneidlicher Aussage wieder aufzurollen. Für evtl. fälschlicherweise als Erzeuger eines Kindes verurteilte Männer besteht damit die Möglichkeit das Urteil zu revidieren. In diesen Strafverfahren dürften m.E. nach den in Teil III B) angeführten Gründen keine Untersuchung des Kindes stattfinden. Zu den so entstehenden Schwierigkeiten nimmt der Bundesgerichtshof für Strafsachen in seiner Entscheidung vom 8.12. 1958 Stellung: "Es mag sein, daß in einer Reihe von Verfahren (z. B. gegen uneheliche Mütter, die im Verdacht stehen, in Unterhaltsprozessen einen Meineid geleistet zu haben) Beweisschwierigkeiten eintreten. Unerträglich sind sie nicht ..." (33).

Weiterhin werden die Gerichte ermahnt, quasi Verbrechensprophylaxe zu betreiben: "Außerdem liegt es in der Hand der Gerichte, Meineidsverfahren in hoher Zahl zu verhindern, indem sie bei Unterhaltsstreitigkeiten die Kindesmutter nicht sofort auf ihre Aussagen vereidigen, wie dies häufig geschieht, sondern erst dann, wenn die Ergebnisse der Blutgruppenbestimmungen und der erbbiologischen Untersuchungen vorliegen" (33).

Statthaft wäre eine Untersuchung des Kindes in solchen Fällen nur dann, wenn der rechtliche Vertreter des Kindes, das wie in Teil III ausgeführt, meist eine "geistig unreife Beweisperson" ist, zu der Untersuchung nach erfolgter Belehrung über das Untersuchungsverweigerungsrecht des Kindes durch den Richter - die, wenn sie nicht erfolgt, das Ergebnis unwirksam macht (s. o.) - der Untersuchung zustimmt. Hält man sich vor Augen, daß eine Zustimmung zur Untersuchung evtl. die Mutter einer Straftat überführt, so wird sie kaum vom Vertreter des Kindes gegeben werden.

Andererseits müssen die Rechte eines möglicherweise fälschlich als Erzeuger eines Kindes in Anspruch genommenen Mannes gewahrt bleiben. Dies ist durchaus möglich, indem während des Zivilverfahrens alle erdenklichen Begutachtungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Situation hinreichend zweifelsfrei klären zu können. Es würde dann gar nicht erst die Situation entstehen, zu dem Mittel der Strafverfolgung der Kindesmutter zu greifen, um ein neues Verfahren aufzurollen.

Während also im Strafprozeß gegen die Kindesmutter die Zumutbarkeit einer Untersuchung des Kindes eindeutig verneint werden kann, ist, wie in Teil III A) gezeigt wurde, die Zumutbarkeit der Duldungspflicht im zivilprozessualen Geschehen nicht eindeutig inhaltlich geklärt. Zwar ist die Gefahr der

Strafverfolgung der evtl. falsch aussagenden Kindesmutter potentiell gegeben, es sollte jedoch im Interesse des Kindes alles getan werden, um dessen Abstammung zu klären. Inwieweit bei einem den Aussagen der Kindesmutter widersprechenden objektiven Untersuchungsergebnis die Staatsanwaltschaft 'von Amts wegen' ermitteln muß, angesichts der weiter oben skizzierten Notsituation der Frau, soll hier nicht weiter erörtert werden.

Trotz des Interesses des Kindes an einer Klärung seiner Abstammung, muß in jedem Einzelfall ein genaues Abwägen der Rechtmäßigkeit der Untersuchung erfolgen.

Sautter (48) weist darauf entschieden hin: "Solange die Falschaussage in jeder Form einer solch strengen Strafan drohung unterliegt, ist die Zumutbarkeit der Selbstüberführung kaum als Regel anzusehen". Dies bezeichnet die Perspektive der Frau, die im (zivilprozessualen) Unterhaltsprozeß als Zeugin die Untersuchung verweigern könnte. In dieser Arbeit steht jedoch die Perspektive des Kindes im Zentrum; hier greifen die Bedenken, die Weber (24) wegen der Einschränkung des Grundrechtes nach Art. 2, Abs. 2 GG durch die Duldungspflicht des § 372a ZPO, aus der die Forderung nach sorgfältiger Überprüfung jedes Einzelfalles resultiert.

Fall 2 demonstriert die Einbeziehung weiterer Verwandte einer Prozeßpartei, wie dies bei erbbiologischen Untersuchungen notwendig sein kann (vergl. II. C). Handelt es sich um eine der klagenden Partei verwandten Person, so steht dem, soweit ich sehe, nichts entgegen. Handelt es sich hingegen um eine Verwandte der beklagten Partei, z. B. bei Einbeziehen von weiteren Kindern einer wegen eines Aussagedeliktcs angeklagten Frau, so gilt aufgrund der Koppelung des Untersuchungsverweigerungsrechtes mit dem Zeugnisverweigerungsrecht, das bereits ausgeführtc. Der Gesichtspunkt, die Mutter durch eine Untersuchung zu entlasten - daß Gutachten die Angeklagte zu entlasten vermögen, zeigen die in Teil IV referierten Fälle - dürfte nach dem bezüglich der Meinsidsprozesse gesagten (vergl. BGHSt-Entscheid) gegenstandslos sein.

Welche Bedeutung haben nun die getroffenen Feststellungen und Erörterungen für den Arzt?

Auf die Stellung des Arztes als Gutachter bei Vaterschaftsprozessen bin ich schon kurz in der Einleitung dieser Arbeit eingegangen. Rechtlich-theoretisch hat er die Stellung eines Gehilfen des Richters inne. Der Richter ist nicht gezwungen,

sich an das Ergebnis des ärztlichen Gutachtens zu halten, er entscheidet vielmehr in freier Beweiswürdigung. In Praxis allerdings besteht, wie von juristischer Seite betont wird eine "vollständige Abhängigkeit des Gerichtes vom Sachverständigen" (4). Dem Arzt als Gutachter kommt damit im Prozeßgeschehen eine zentrale Bedeutung zu. Einerseits ist er aufgefordert, als Naturwissenschaftler sich um möglichst präzise und verfeinerte Nachweismethoden zu bemühen, die den strittigen Sachverhalt klären können. Wie in Teil II gezeigt, existieren die verschiedensten Begutachtungsmöglichkeiten, wobei insbesondere auf dem Gebiet der Blutgruppenforschung in den letzten Jahren durch die Entdeckung neuer Faktoren ein erheblicher Zuwachs an Differenzierungsmöglichkeiten gegeben ist. Es ist zu erwarten, daß auch in Zukunft die Methoden noch weiter verfeinert werden.

Die Bedeutung aussagekräftiger Begutachtungsmethoden ist nicht zuletzt durch die Neufassung des Nichtehechengesetzes mit der Forderung, den biologischen Vater eines Kindes festzustellen, erneut unterstrichen worden. Wie gezeigt wurde, ist eine zweifelsfreie Entscheidung über eine Vaterschaft hinsichtlich der Vermeidung von Strafprozessen ebenfalls von großer Bedeutung.

Der Arzt, der als Gutachter in Vaterschaftsprozessen auftritt und der mit der Gesamtproblematik dieser Verfahren vertraut ist, könnte darüberhinaus unter dem Aspekt der Sozialmedizin durch Teilnahme an Forschungsprojekten wie das Projekt "Familienrecht", einen wichtigen Beitrag zur adäquaten Lösung anstehender Probleme leisten.

Im Gegensatz zu einem Sachverständigen im technischen Bereich ist der ärztliche Gutachter bei seiner Tätigkeit direkt mit menschlichen Problemen konfrontiert. Zwar ist er verpflichtet sein Gutachten emotionsfrei und objektiv zu erstellen, er sollte sich jedoch m. E. der allgemeinen Problematik nicht verschließen. Zwar ist der Arzt naturgemäß an der Erstellung der Beweisbeschlüsse nicht beteiligt, es steht ihm jedoch frei, bei ihm bekannt gewordenen Verstößen gegen die Rechte einer der Parteien die Durchführung einer Untersuchung abzulehnen. Zu kritisieren wäre es m. E., wenn ein Arzt sich lediglich auf die technischen Aspekte der Gutachtertätigkeit zurückzöge und die menschliche Problematik völlig ausblenden würde.

Aber nicht nur der als Gutachter tätige Arzt ist von den mit Vaterschaftsprozessen verbundenen Problemen berührt: Oepen (49) wies kürzlich daraufhin, welche große Bedeutung

dem niedergelassenen Arzt, etwa dem Gynäkologen oder dem Hausarzt, zukommt. Diese werden oft um Auskunft über Einzelheiten der medizinisch-rechtlichen Probleme von Betroffenen befragt. Zwar ist der Arzt nicht befugt, Rechtsberatungen durchzuführen, immerhin sollte er sich über die auftauchenden Probleme informiert haben, um den Hilfe- und Ratsuchenden helfen zu können.

Die Aufwertung, die die Rechtsmedizin als Teil des ökologischen Stoffgebietes in der neuen Ausbildungsordnung für Ärzte erfahren hat, deutet auf die zunehmende Bedeutung hin, daß der Arzt sich nicht nur mit rein medizinischen, sondern auch mit fachübergreifenden Problemen befaßt.

VI. Zusammenfassung

In Teil I der Arbeit wird auf die Bedeutung des Gutachters in Vaterschaftsprozessen hingewiesen. Die wichtigsten Gesetze und Begriffe zur Abstammung eines Kindes werden erörtert, insbesondere das neue Nichtehelichengesetz, das seit dem 1./1970 in Kraft getreten ist und durch seine weitreichenden Folgen der medizinischen Vaterschaftsgutachtung besonderes Gewicht verleiht. Die Problematik zum Meineid und auch der falschen uneidlichen Aussage wird erörtert. In nicht wenigen Fällen wird die Kindesmutter auf ihre Aussage, mit wem sie in der Empfängniszeit geschlechtlich verkehrt hat, vereidigt und zwar unverständlicherweise oftmals bevor ein Sachverständigen-gutachten eingeholt worden ist. In einem sich möglicherweise daran anschließenden Strafverfahren wegen Meineides bzw. bei Nichtvereidigung wegen falscher uneidlicher Aussage werden weitere Gutachten und damit Untersuchungen angeordnet. Es stellt sich in diesen Fällen dann die Frage, ob in einem solchen Strafprozeß das Kind überhaupt untersucht werden darf, schon weil es durch die Duldung der Untersuchung dazu beitragen kann, einen nahen Verwandten

und zwar die eigene Mutter einer Straftat zu überführen, obwohl dem Kind ein Zeugnis- bzw. Untersuchungsverweigerungsrecht zusteht.

Im zivilprozessualen Vaterschaftsverfahren ist das Kind Partei und die Mutter Zeugin, sie kann deshalb vereidigt werden; im Strafverfahren aber ist die Mutter Angeklagte und das Kind Zeuge. Es hat dann was häufig übersehen oder nicht beachtet wird wie jeder nahe Verwandte ein Zeugnisverweigerungsrecht.

In Teil II werden die wichtigsten medizinischen Methoden der Begutachtung hinsichtlich ihrer Aussagekraft und ihrem Beweiswert besprochen.

Während das Tragzeitgutachten als reines Aktengutachten nur in Ausnahmefällen eingeholt wird, weil es sich auf Reifemerkmale des Neugeborenen, die ohnehin großen Schwankungen unterliegen, bezieht, findet das Blutgruppengutachten regelmäßig Anwendung. Die hierbei untersuchten verschiedenen Systeme erfüllen die Voraussetzungen, um forensisch relevant zu sein: Die Merkmale sind konstant, sie werden vererbt und ihr Nachweis ist reproduzierbar. Allerdings ist weder mit dem Tragzeitgutachten noch mit dem Blutgruppengutachten ein positiver

Vaterschaftsnachweis möglich, diesen Vorteil bietet allein das Anthropologisch-Erbbiologische Gutachten. Zur Vorbereitung des Gutachtens werden die Merkmale des äußeren Erscheinungsbildes bei Kindesmutter, Kind und Eventualvater, etwa 200 - 300 Einzelmerkmale, miteinander verglichen und aus den Übereinstimmungen oder Abweichungen des Kindes vom fraglichen Erzeuger Schlüsse auf den Grad der Wahrscheinlichkeit gefolgert. Die Einbeziehung weiterer Familienmitglieder vermag das Ergebnis zu stützen.

Wenngleich diese Begutachtungsarten weiterhin noch ausbaufähig sind, ist ihre Beweiskraft vor Gericht durchaus anerkannt. Ähnlichkeitsprüfungen durch den Richter selbst gehören der Vergangenheit an.

In Teil III werden die Rechtsgrundlagen zur Feststellung der Abstammung dargestellt.

Im zivilprozessualen Bereich, in den z. B. die Unterhaltsklagen fallen, regelt § 372a ZPO die Duldungspflicht der Untersuchung, die u. a. einer Einschränkung bezüglich der Person des zu Untersuchenden, insbesondere was die "Folgen ihres Ergebnisses für ihn oder einen Angehörigen" betrifft (Zumutbarkeitsklausel), unterliegt. Über die Auslegung der Zumutbar-

keit der Duldungspflicht existiert mangels einer Präzisierung durch den Gesetzgeber eine Fülle von Entscheidungen und Kommentaren, die sich z. T. widersprechen. Das Spektrum reicht von der Bejahung der Zumutbarkeit als Regelfall über die Würdigung des Einzelfalles bis zur Forderung nach einer engen Auslegung, da § 372a ZPO das Grundrecht nach Artikel 2, Abs. 2 Grundgesetz einschränkt.

Im Bereich der Strafprozeßordnung regelt § 81c die Pflicht Nichtbeschuldigter zur Duldung körperlicher Untersuchungen. Früher gab es eine solche Pflicht überhaupt nicht, sie wurde erst im Jahr 1933 durch das Gewohnheitsverbrechergesetz eingeführt.

Im Gegensatz zur Zumutbarkeitsklausel des § 372a ZPO wird die Zumutbarkeit des § 81c StPO eindeutig präzisiert, indem das Untersuchungsverweigerungsrecht dem Zeugnisverweigerungsrecht gleichgestellt wird, d. h. beide Rechte können aus den gleichen Gründen geltend gemacht werden. Analog zum Zeugnisverweigerungsrecht nach § 383 ZPO gründet § 52 StPO auf einem Interessenwiderstreit von Familienbanden: Der Staat verzichtet lieber auf ein Beweismittel; aus dem übergeordneten Schutzgedanken der Familie heraus soll es im Ermessen des Zeugen liegen, ob er aussagen will oder nicht.

Im Rahmen der hier zur Diskussion stehenden Strafprozesse gegen Kindesmütter tauchen in der Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen Schwierigkeiten auf, die jedoch durch höchst-richterliche Entscheidungen gelöst wurden. So hat unabdingbar und in jedem Fall eine Belehrung über das Untersuchungsverweigerungsrecht zu erfolgen. Bei Unterlassen dieser Belehrung ist das Ergebnis der Untersuchung nicht als Beweismittel verwertbar. Der Adressat der Belehrung ist der gesetzliche Vertreter des Kindes, das eine sog. 'geistig unreife Beweisperson' darstellt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang ein BGH-Entscheid, der hervorhebt, daß es nicht darauf ankommt, ob dem Kind der Konflikt bewußt ist, entscheidend ist vielmehr das familienrechtliche Band zwischen der Beweisperson und der Beschuldigten. Das Untersuchungsverweigerungsrecht hat im Falle eines Strafverfahrens gegen einen nahen Verwandten demnach bei einer Rechtsgüterabwägung eindeutig Vorrang.

In Teil IV werden vier Fälle referiert. Es handelt sich dabei um Strafprozesse gegen Kindesmütter, denen Aussagedelikte zur Last gelegt werden. Die Begutachtungen wurden im Institut für Rechtsmedizin der Universität Düsseldorf durchgeführt. Die Fälle demonstrieren die unterschiedlichen Verfahrensarten; gemeinsam ist allen eine sehr lange Ver-

handlungsdauer, sowie der eklatante Mangel an Berücksichtigung der Rechte der betroffenen Kinder.

In Teil V werden die Ergebnisse diskutiert:

Es wird eine erhebliche Kluft zwischen Rechtstheorie und Rechtspraxis bezüglich der Wahrung der Kindesrechte festgestellt. In den referierten Fällen kommt das durch die einschlägigen BGH-Urteile als höherwertig angesehene Untersuchungsverweigerungsrecht des Kindes im Strafprozeß gegen die eigene Mutter nicht einmal ansatzweise zum Tragen. In keinem der Fälle erfolgte eine Belehrung über das Untersuchungsverweigerungsrecht; die Untersuchungen wären gemäß dem BGH-Entscheid alle nicht verwertbar: "Der auf dem Mangel der Belehrung beruhende Prozeßverstoß kann nur durch die ausdrückliche Feststellung, daß die Untersuchung nicht verwertet wurde, geheilt werden...". Als mögliche Erklärung dieser Kluft werden die Ergebnisse einer jUnst abgeschlossenen Studie, die sich mit der Gerichtspraxis befaßt, angeführt. Dort werden "ein ostentativer Mangel an Informationen über die Situation des Kindes", ein "Zurücktreten der psychischen Dimension, das 'geistige Wohl' des Kindes", sowie eine für die Kinder rücksichtslos lange Verfahrensdauer festgestellt. Eine entsprechend

verbesserte Ausbildung der Richter könnte dem vielleicht Abhilfe schaffen.

Zu der Frage, inwieweit Aussagen in Unterhaltsprozessen als wahrheitsgemäß zu werten sind, erlaubt die angeführte Literatur die Feststellung, daß Aussagedelikte zwar nicht spezifisch weiblich sind, wie bisweilen behauptet, wohl aber die Kindesmutter in einer emotional sehr stark belastenden Situation 'in Sachen ihres Kindes' befangen ist. Unter diesem Aspekt hat eine Vereidigung wohl kaum eine wahrheitsfördernde Wirkung. Angesichts der zur Verfügung stehenden objektiven medizinischen Begutachtungsmöglichkeiten, wird eine Vereidigung vor Einholen der Gutachten geradezu absurd. Der Strafsenat des Bundesgerichtshofes weist ausdrücklich daraufhin, daß es in der Hand der Gerichte liege, durch Unterlassen derartiger Beeidigungen eine effektive Verbrechensprophylaxe zu betreiben.

Eingegangen wird auf die Möglichkeit, ein abgeschlossenes Verfahren über eine Klage gegen die Kindesmutter wegen Meineides bzw. falscher uneidlicher Aussage wieder aufzurollen: Durch eine konsequente Ausschöpfung aller medizinischer Begutachtungsmöglichkeiten bis zur unstreitigen Klärung der Vaterschaft eines Eventualvaters wäre einem derartigen Unter-

fangen die Grundlage entzogen.

Unter diesem Aspekt wäre m. E. die Zumutbarkeitsklausel im Zivilprozeß nicht allzu eng auszulegen, da hier auch das unbestrittene Recht des Kindes auf Klärung der Abstammung hinzukommt. Ob dann im Falle einer Differenz der Gutachtenergebnisse und der uneidlichen Aussage der Kindesmutter die Staatsanwaltschaft 'von Amts wegen' ermittelt, sei dahin gestellt. Man ist da, soweit ich sehe, eher zurückhaltend.

Die Möglichkeit, durch eine Vaterschaftsbegutachtung die angeklagte Kindesmutter zu entlasten, darf nicht übersehen werden (vergl. Kasuistik). Allerdings erübrigte sich dieser Gesichtspunkt, wenn von vorneherein solche Prozesse vermieden würden.

Bei der Einbeziehung weiterer Verwandte in die Untersuchung ist zu differenzieren: Handelt es sich um Verwandte des Zeugen (siehe Fall 2), so steht dem nichts entgegen. Bei einer Einbeziehung etwa von ehelichen Kindern der beschuldigten Kindesmutter steht diesen ein Untersuchungsverweigerungsrecht zu.

Abschließend wird auf die Rolle und Aufgabe des Arztes als Gutachter in diesen Prozessen eingegangen. Er ist als Sachverständiger täglich mit der erörterten Problematik

konfrontiert. Neben der Aufgabe der Weiterentwicklung der Begutachtungsmethoden sollte er seine Erfahrung mit der psychologischen und sozialen Problematik in Arbeitsgruppen, wie z. B. die Forschungsgruppe Familienrecht, einbringen, um adäquate Lösungen finden zu helfen. Zwar ist er an einem Beweisbeschluß des Gerichtes nicht beteiligt, es steht ihm jedoch frei, angesichts eines Verstoßes gegen die Rechte etwa eines Kindes, die Begutachtung abzulehnen. Die Notwendigkeit, daß auch niedergelassene Ärzte sich über die vielschichtigen medizinischen und fachübergreifenden Probleme der Vaterschaftsbegutachtung informieren sollten, belegt die Tatsache, daß sich oft Patienten mit Fragen aus diesem Themenkreis ratsuchend an sie wenden.

DANKSAGUNG

Mein besonderer Dank gilt Frau Professor Dr. med.
E. Trube-Becker für die Überlassung des Themas,
die Mühe bei der Durchsicht der Arbeit und die
erteilten Hinweise und Ratschläge.

Literaturnachweis:

- Bosch, F. W. Grundsatzfragen der Beweisrechte
Bielefeld 1963
- Dahr, P. in Beitzke, G.: Vaterschaftsgut-
achten für die gerichtliche Praxis
Göttingen 1956
- Friedrichsen, G. Die Kinder aber fragt man nicht
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Ausgabe vom 9.12.1977
- Gumbrecht, J. Der Beweis der "offenbaren Unmög-
lichkeit" der Vaterschaft
Köln 1967
- Hartmann, P. in Baumbach-Lauterbach ZPO
München 1975 33. Auflage
- Hosemann, H. Tragzeitgutachten, in Beitzke, G.
Vaterschaftsgutachten für die
Gerichtliche Medizin
Göttingen 1956

- Sarstedt, W. in Löwe-Rosenberg: Die StPO und das
Gerichtsverfassungsgesetz
Berlin 1971
- Schade, H. in: Beitzke, Vaterschaftsgutachten
für die gerichtliche Praxis
Göttingen 1956
- Simitis, S. Das Kindeswohl in der vormundschafts-
gerichtlichen Praxis
DFG-Studie. Forschungsgruppe Familien-
recht
Presseinformation 1977
- Stegmann, H. Tragzeitgutachten, in Pensold, A.:
Lehrbuch der Gerichtlichen Medizin
Stuttgart 1967 3. Auflage
- Schütt, Ed. Ist die Beeidigung der Kindesmutter
ein taugliches Beweismittel in Unter-
halts- und Abstammungsfragen?
Dt.Zeitschr.f.d.ges.gerichtliche Me-
dizin 1943 Heft 3/4

Zitatnachweis:

1. Trube-Becker, E. : a.a.O. (1972) S.1
2. Trube-Becker, E. : a.a.O. (1972) S.1
3. Trube-Becker, E. : a.a.O. (19/2) S.2
4. Hartmann, P. : a.a.O. S.82/
5. Sarstedt, W. : a.a.O. S.534
6. Stegmann, H. : a.a.O. S.509 - 519
7. Hosemann, H. : a.a.O. S.25
8. Trube-Becker, E. : a.a.O. (1972) S.3
9. Gumbrecht, J. : a.a.O. S.79
10. Trube-Becker, E. : a.a.O. (1972) S.8
11. Stegmann, H. : a.a.O. S.509
12. Schwerd, W. : a.a.O. S.124
13. Schwerd, W. : a.a.O. S.129 ff
14. Dahr, P. : a.a.O. S.25
15. Prokop, O. : a.a.O. S.529
16. Gumbrecht, J. : a.a.O. S.69
17. Schade, H. : a.a.O. S.112/113
18. Schade, H. : a.a.O. S.113
19. Gumbrecht, J. : a.a.O. S.67
20. Preiser, F. : a.a.O. S.331 sowie S.1019

21. Gumbrecht, J. : a.a.O. S.68
22. Schade, H. : a.a.O. S.133
23. Hartmann, P. : a.a.O. S.829
24. Weber, A. : a.a.O. S.574 ff
25. KG Berlin : Zwischenurteil v.23.6.69 - 12 U 447 /
67. Neue Juristische Wochenschrift 1969
S.2208 ff
26. LG Köln : zit.n.Hartmann, P. a.a.O. S.829
27. OLG Kolblenz : Beschluß v.19.9.75 - 6 W 255/75
Neue Juristische Wochenschrift 1976
S.379
28. Züller, R. : a.a.O. S.577
29. Orlowsky, W. : a.a.O. S.119
30. BGH - Strafsenat : zit. n. Orlowsky, W. a.a.O. S.39
31. Kleinknecht, Th. : a.a.O. S.157
32. BGH - Strafsenat : Urteil v.14.10.1959, 2 StR 249/59
Entscheidungen des BGHSt. Köln 1960
Bd. 13 S. 399
33. BGH - Strafsenat : Beschluß v.8.12.1958 g.B.GSSt 3/58
Entscheidungen des BGHSt.Köln 1959
Bd. 12 S. 235 ff
34. Orlowsky, W. : a.a.O. S.122

35. Orlowsky, W. : a.a.O. S.120
36. Bosch, F.W. : a.a.O. S.15
37. Friedrichsen, G. : Frankfurter Allgemeine Zeitung
v. 9.12.1977
38. Simitis, S. : a.a.O. S.4
39. Simitis, S. : a.a.O. S.6
40. Simitis, S. : a.a.O. S.5
41. Friedrichsen, G. : a.a.O.
42. Mumm, D. : a.a.O. S.41
43. Trube-Becker, E. : a.a.O. (1974) S.5
44. Undeutsch, U. : a.a.O. S.104
45. Mumm, D. : a.a.O. S.50
46. Schütt, Ed. : a.a.O. S.200
47. Wille, R.u. Schwarz, J. : a.a.O. S.263 ff
48. Sautter, : a.a.O. S.265
49. Oepen, I. : a.a.O. S.3043 ff

Lebenslauf:

Am 8. Januar 1951 wurde ich als zweites Kind des Rechtsreferendaren Dr.jur Heinz Klatt und seiner Ehefrau Liselotte, geb.Hermkes, in Düsseldorf geboren.

Meine Schulzeit verbrachte ich in Frankfurt, das Abitur bestand ich am 8.6.1970 an der Ernst-Reuter-Schule(neusprachlicher Zweig).

Bis zum Beginn des Studiums 1973 absolvierte ich mein Krankenpflegepraktikum und war pflegerisch tätig im Krankenhaus Nordwest, Frankfurt, im St.Alexiuskrankenhaus sowie im Lukaskrankenhaus,Neuss.

Vom Sommersemester 1973 bis zum Sommersemester 1975 studierte ich an der Freien Universität Berlin Humanmedizin.Am 21.3.1975 bestand ich die Ärztliche Vorprüfung.

Seit dem Wintersemester 1975/76 studiere ich an der Universität Düsseldorf.Am 30.3.1976 bestand ich den Ersten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung und am 17.3.1978 den Zweiten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung.

Meine Famulatur habe ich im Gesundheitsamt, Monheim,(Leiter : Kreisobermedizinalrat Dr.med.Heinz Roth) absolviert.

Zur Zeit bin ich Internatsstudent an der Universität Düsseldorf (Wahlfach: Kinderheilkunde).

Seit dem 30.August 1977 bin ich mit Friedlind Klatt,geb.Mrozek, verheiratet.

